

Der Protest gegen die Schulkreuzentfernungen 1941 in Unterfranken

Zum Hintergrund kirchlicher Verteidigung gegen Maßnahmen
des nationalsozialistischen Regimes*

Von Johannes Merz

Am 23. April 1941 erließ der bayerische Kultusminister, Gauleiter Adolf Wagner, eine Anordnung, nach der unter anderem Kreuze und religiöser Bildschmuck aus den Schulen Bayerns zu entfernen seien. Die darauf erfolgenden Schulkreuzentfernungen riefen einen offenen Protest in Form von Demonstrationen, Schulstreiks und anderen Gegenmaßnahmen in der Bevölkerung hervor, der in dieser Art und Intensität im Dritten Reich kaum Parallelbeispiele findet.

Auf dem ersten Blick erscheint diese Reaktion angesichts der Vielzahl von Problemen, die Krieg und politische Lage mit sich brachten, nicht unbedingt verständlich. Zudem ordnet sich die staatliche Verfügung durchaus logisch in die von den Nationalsozialisten seit der Machtergreifung forcierte „Entkonfessionalisierung“ ein, in deren Verlauf bis dahin kaum ein vergleichbarer Protest (von dem ähnlich gelagerten Fall im Oldenburger Land 1936 abgesehen) zustandekam.

Unabhängig von öffentlichen Erklärungen der Parteigrößen, von Konkordatsbestimmungen und offizieller gegenseitiger Anerkennung war die Konfrontation der Kirche mit dem totalitären Regime von Anfang an vorprogrammiert. Auffassungen und Ziele beider Seiten waren unvereinbar, der Schwächere mußte über kurz oder lang weichen, und das war offensichtlich die Kirche.

Zwar war ihr Rückhalt im Volk und zum Teil sogar in der Partei so groß, daß sie nicht einfach aus dem Weg geräumt werden konnte, aber die öffentlich verkündete Toleranz konnte den tatsächlich existierenden Kirchenkampf nicht auf Dauer verbergen. Seit 1934/35 drängte der Nationalsozialismus den kirchlichen Einfluß durch gezielte Einzelaktionen immer stärker zurück: durch die Auflösung aller kirchlichen Verbände, die Einführung der Gemeinschaftsschule, Überwachung und Denunzierung der Geistlichen (etwa bei den Sittlichkeits- und Devisenprozessen) und Einschränkung ihrer Rechte, restriktive Maßnahmen gegen die Ausübung der traditionellen kirchlichen Bräuche (Abhaltung von Feiertagen, Kirchenschmuck und -geläute usw.), das Unterrichtsverbot für die Ordensangehörigen und den Abbau der Ordensschulen, um nur einige signifikante Beispiele zu nennen.¹

* Zugrunde liegt ein Referat anlässlich eines historischen Methodenseminars an der Würzburger Partneruniversität Caen im November 1985. Herrn Professor Dr. W. Ziegler (jetzt München), der das Thema anregte, danke ich für seine Hinweise und die ständigen Ermunterungen, das Manuskript für den Druck zu überarbeiten.

¹ Vgl. z. B. E.-M. Kleinöder, Der Kampf um die katholische Schule in Bayern in der NS-Zeit, in: Das Erzbistum München und Freising in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft, hg. von G. Schwaiger, 1, München-Zürich 1984, 596–638. Allgemein: W. Ziegler, Nationalsozialismus und kirchliches Leben in Bayern 1933–1945, in: ebd., 49–76; I. Kershaw, Popular opinion and political dissent in the Third Reich, Bavaria 1933–1945, Oxford 1983 (Ndr. 1987). Hier sowie bei B. Möckershoff (Der Kampf um das Schulkreuz, in: Das Bistum Regensburg im Dritten Reich, hg. von G. Schwaiger u. P. Mai, Regensburg 1981, 237–255) und E. Kleinöder (Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Kampf um die Schulen, in: Sammelblatt des Historischen Vereins Eichstätt 74, 1981, 173–184) finden sich auch Schilderungen der Vorgänge im Zusammenhang der Schulkreuzentfernungen. Material für Unterfranken bietet: Christian Will, Entfernung der Kreuze aus den Schulen, in: Landkreis Würzburg, hg. vom Landkreis Würzburg, 1988, 160ff. Eine zusammenfassende Darstellung, die beide Seiten angemessen berücksichtigt und eine vollständige Chronologie der Ereignisse bringt, steht noch aus. Zentrale Dokumente sind ediert bei Ziegler (s. u.

Das totalitäre System sorgte dafür, daß sich die speziell in den überwiegend katholischen Gebieten auftretende weitgehende Ablehnung dieser Politik auf alltägliche Einzelkonflikte beschränkte und gewöhnlich nicht offen zum Ausbruch kam.

Nach H. Hürten gab es nach der Machtergreifung und Gleichschaltung „... keinen Ausdruck von Unzufriedenheit mehr, der sich in den Formen vollzogen hätte, die herkömmlich waren und heute wieder üblich: Demonstrationen, Streiks, Pressekampagnen. Die wenigen Ausnahmen, welche die Forschung ermittelt hat, sind an Zahl und Wirkung so gering, daß sie bei einer allgemeinen Betrachtung der Situation außer Ansatz bleiben müssen.“²

Wenn es darum geht, das Verhalten der katholischen Kirche gegenüber dem Nationalsozialismus ganz allgemein zu beschreiben, dann ist eine solche Aussage sicherlich berechtigt. Die Frage nach diesem Verhalten kann sich aber nicht in den Kategorien: Widerstand ja – nein, wann, wie oft, wie lange? erschöpfen. Vielmehr ist der Rückgriff auf die konkrete historische Situation, d. h. vor allem auf die treibenden Motivationen und ihre Korrelation zum faktisch Möglichen unabdingbar.

Der vehemente öffentliche Protest im Jahre 1941 ist per se der Beweis, daß er im Dritten Reich möglich war. Eine Analyse seiner Entstehungsbedingungen kann nun nicht nur diesen selbst erklären, sondern wirft gleichzeitig ein Licht auf den Alltag, in dem eine vergleichbare Kundgebung nicht stattfand.

Dies ist das primäre Ziel der nachstehenden Untersuchung: Für das Gebiet von Unterfranken³ sollen – soweit aufgrund der Quellenlage möglich – das Ausmaß der Proteste gegen die Schulkreuzentfernungen 1941 konstatiert, der Unterschied dieses Konfliktes zu anderen verdeutlicht und von daher Motive und Formen kirchlichen Verhaltens gegenüber dem Nationalsozialismus in einer überwiegend ländlich strukturierten Region verdeutlicht werden. Die Entscheidungen und Handlungsabläufe auf Seiten der Nationalsozialisten werden folglich weitgehend ausgeklammert.⁴

Um einen Überblick über den Kontext der ministeriellen Anordnung und ihrer praktischen Auswirkungen zu gewinnen, ist diese Studie in vier Schritte gegliedert:

Zunächst folgt eine kurze Bestandsaufnahme von Kreuzentfernungen und ihren Auswirkungen im Deutschen Reich vor 1941. Danach werden die bisher bekannten Informationen zur Schulkreuzaffäre 1941 in Bayern in einer Übersicht zusammengestellt. Der dritte Teil ist der Darstellung der Ereignisse in Unterfranken gewidmet, der vierte deren Auswertung.

Schulkreuzentfernungen vor 1941

Ein wichtiges Parallelbeispiel für die Schulkreuzaffäre 1941 bieten die Vorgänge im Oldenburger Land 1936. In einer zentralen Phase des Schulkampfes erließ der Minister der Kirchen und Schulen, Pauly, am 4. 11. 1936 eine Anordnung an die Schuldirektoren, Amtshauptmänner und Bürgermeister, in der er die Anbringung

Anm. 12). Eine ausführliche Dokumentation für einen Landkreis liegt vor in: E. Eder, *Der Kampf um das Schulkreuz 1941* (Heimatkundliche Schriftenreihe des Landkreises Rottal-Inn 5), Pfarrkirchen 1978.

² H. Hürten, *Verfolgung, Widerstand und Zeugnis: Kirche im Nationalsozialismus. Fragen eines Historikers*, Mainz 1987, 66 f.

³ Der heutige Regierungsbezirk Unterfranken hieß ab 1938 „Mainfranken“ (umbenannt aus „Unterfranken und Aschaffenburg“).

⁴ Eine Untersuchung des Hintergrunds der Anordnung Wagners und der darauf folgenden Auseinandersetzungen auf nationalsozialistischer Seite wäre zwar sicherlich aufschlußreich, ist aber hier aufgrund des bisherigen Forschungsstandes aus praktischen Gründen nicht durchführbar. – Zur Frage des Vorgehens vor Ort wären u. U. Ortsgeschichten und Pfarrarchive heranzuziehen.

religiöser Zeichen (Kreuze, Bildschmuck) in allen Gebäuden von Staat und Gemeinden, besonders in den Schulen, verbot und die Entfernung der vorhandenen bis zum 15. 12. 1936 verfügte. Durch einen allgemeinen Protest von Klerus und Kirchenvolk, der sich in kämpferischen Predigten, Eingaben von kirchenamtlichen Stellen und einfachen Bauern, passiver Verweigerung, Austritt aus NSDAP-Organisationen und Demonstrationen äußerte, erreichte die Bevölkerung die Zurücknahme des Erlasses auf einer Parteiversammlung in Cloppenburg am 25. 11. 1936, auf der die 7000 Anwesenden den Ausführungen des Gauleiters Röver ihre Proteststufe („Zur Sache – Das Kreuz!“) entgegensetzten und so den letzten Anstoß für das Nachgeben der Regierung gaben.⁵

Diese Aktion ist jedoch keineswegs so singular, wie es ihre spektakuläre Wirkungsgeschichte glauben machen könnte. Vielmehr finden sich in den katholischen Gebieten Westdeutschlands im Jahr 1936 Anzeichen für einen zentralen Kreuzentfernungsplan, der von den ausführenden Organen unterschiedlich umgesetzt wurde:

Die preußischen Regierungspräsidenten von Düsseldorf⁶, Köln⁷ und Trier⁸ (Rheinprovinz) sowie von Münster (Westfalen) und Osnabrück (Hannover)⁹ verfügten 1936 bzw. Anfang 1937 in inhaltlich prinzipiell ähnlicher Weise, daß das Führerbild an zentraler Stelle im Klassenzimmer anzubringen sei. Dies mußte in logischer Konsequenz, wenn auch nicht unbedingt direkt ausgesprochen, eine Umhängung oder Beseitigung des bisher an der Stirnseite plazierten Kreuzes zur Folge haben.

Die Reaktionen im Freistaat Oldenburg, wo Pauly im Gegensatz dazu eine eindeutige, zentrale und damit stark provozierende Anordnung gegeben hatte, aber auch in den genannten Regierungsbezirken und bei punktuellen Konflikten in anderen Gegenden¹⁰, scheinen den generellen Stopp der Kreuzentfernungen Mitte 1937

⁵ Vgl. dazu den Sammelband: J. Kuroпка (Hg.), *Zur Sache – Das Kreuz! Untersuchungen zur Geschichte des Konflikts um Kreuz und Lutherbild in den Schulen Oldenburgs, zur Wirkungsgeschichte eines Massenprotestes und zum Problem nationalsozialistischer Herrschaft in einer agrarisch-katholischen Region*, Vechta 1987.

⁶ W. Damborg, *Der Kampf um die Schulen in Westfalen 1933–1945* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte B 43) Mainz 1986, 142f und ders., *Der Oldenburger Kreuzkampf und Westfalen*, in: Kuroпка (Anm. 5) 379–387; Aufgrund von Anordnungen der Regierungspräsidenten von Düsseldorf, Münster und Osnabrück Vertauschen von Kreuzifix (bisher: Stirnseite) und Führerbild (Seitenwand) und einzelne Schulkreuzentfernungen seit 1936 in Westfalen und in der Rheinprovinz mit z.T. massiven öffentlichen Protesten.

⁷ Dies geht hervor aus: *Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP. Rekonstruktion eines verlorengegangenen Bestandes*, hg. vom Institut für Zeitgeschichte, bearb. von H. Heiber u. a., München u. a. 1983, Regest Nr. 22213.

⁸ F.-J. Heyen, *Nationalsozialismus im Alltag. Quellen zur Geschichte des Nationalsozialismus vornehmlich im Raum Mainz – Koblenz – Trier, Boppard am Rhein 1967*, 245f; Verfügung des Regierungspräsidenten von Trier vom 17. 6. 1936, wonach jeder Schulsaal „... gemäß dem Charakter der Schule als einer nationalsozialistischen Erziehungsstätte würdig ausgestattet sein...“ und „... ein einwandfreies, den Raumverhältnissen entsprechendes großes Bild des Führers an beherrschender Stelle des Klassenzimmers, zweckmäßig in der Mitte der Vorderwand, angebracht sein...“ müsse. Demzufolge vertauschten viele Klafleiter die Position von Kreuz und Führerbild, was nach den Oldenburger Ereignissen und durch diese beeinflusst teilweise zur gewaltsamen Wiederumhängung durch die Bevölkerung führte (ebd., 240). Vgl. H. Hürten (Bearb.), *Deutsche Briefe 1934–1938. Ein Blatt der katholischen Emigration*, II: 1936–1938 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte A 7) Mainz 1969, 608–611.

⁹ Wie Anm. 6.

¹⁰ Vgl. z. B. J. Maier, *Der Kreuzkampf in Oldenburg – ein Vor- und Nachspiel in Baden*, in: Kuroпка (Anm. 5) 366–378; Waibstadt bei Heidelberg. J. Neuhäusler, *Kreuz und Hakenkreuz. Der Kampf des Nationalsozialismus gegen die katholische Kirche und der kirchliche Widerstand*, 1, München 1946, 177–119; Frankenthal in der Rheinpfalz. Vgl. auch den Hinweis auf einzelne Kreuzentfernungen im Hirtenbrief des deutschen Episkopats vom 20.

ausgelöst zu haben.¹¹ Allerdings ist damit zu rechnen, daß sie auf der lokalen Ebene je nach den örtlichen Konstellationen vereinzelt weitergingen.

Vermutlich führten die Ereignisse 1936/37 dazu, daß bei der landesweiten Einführung der Gemeinschaftsschule 1937/38 in Bayern, einem weiteren Gebiet mit flächendeckender überwiegender Dominanz der Katholiken, Kreuzentfernungen und damit verbundene Protestaktionen isolierte Einzelfälle blieben.¹²

Mit der Einführung der Gemeinschaftsschule in den westlichen preußischen Provinzen ist dann ein zweiter Anlauf verbunden, auch die restlichen Kreuze in den Schulen zu beseitigen. Zwar betonten die Nationalsozialisten bei der von kirchenamtlicher Seite aufs heftigste bekämpften Maßnahme stets den christlichen Charakter auch dieser neuen Schulform, de facto lag die Entfernung der Kreuze aber in der Konsequenz der Entkonfessionalisierung. Der für den Stellvertreter des Führers handelnde Bormann, der die Schulpolitik maßgeblich bestimmte¹³, warnte zwar in einem Rundschreiben vom 13. 3. 1939 noch davor, bei der Einführung der Gemeinschaftsschule mit unnötiger Schärfe, z. B. Schulkreuzentfernungen, vorzugehen.¹⁴ Die Rücksichtnahme war jedoch taktisch bestimmt, das Ziel stand weiterhin fest, wie es Bormann gegenüber dem Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Bernhard Rust, am 20. 3. 1939 unter dem Betreff „Verhältnis von Schule und Kirche“ formulierte:

... Es wäre in Zukunft durchaus zu begrüßen, wenn in den staatlichen Schulräumen die Kruzifixe und sonstige christlich-konfessionelle Symbole verschwinden. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß solche Maßnahmen nur mit großer psychologischer Geschicklichkeit, je nach den örtlichen Verhältnissen durchgeführt werden können, da sonst leicht politische Schwierigkeiten auftreten, die in keinem Verhältnis zur Bedeutung einer solchen Maßnahme stehen. Ich weise darauf hin, daß in einigen Gauen derartige Anordnungen durchgeführt werden konnten, in anderen Gauen aber die Durchführung nicht möglich war. Auf diesem Gebiet können meines Erachtens keine zentralen Entscheidungen getroffen werden, vielmehr muß es den örtlichen Stellen überlassen bleiben, die Art und Weise dieser Durchführung und vor allem den Zeitpunkt selbst zu bestimmen.¹⁵

Für die Rheinprovinz existiert dementsprechend ein Erlaß des Oberpräsidenten, der mit der Einführung der Gemeinschaftsschule 1939 die Entfernung der Schulkreuze anordnete.¹⁶ Ein Bericht des NSDAP-Kreises Trier, der damit wohl in Zu-

8. 1936: B. Stasiewski (Bearb.), Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945, III: 1935–1936 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte A 25), Mainz 1979, 494.

¹¹ Vgl. J. Kuroпка, „Das Volk steht auf“. Zur Geschichte, Einordnung und Bewertung des Kreuzkampfes in Oldenburg im Jahre 1936, in: ders. (Anm. 5) 11–55, hier 33; R. Willenborg, Zur Rezeptiongeschichte des (Oldenburger) Kreuzkampfes im Deutschen Reich und im Ausland, in: Kuroпка (Anm. 5) 332–356, hier 336.

¹² Vgl. z. B. H. Witetschek (Bearb.), Die kirchliche Lage in Bayern nach den Regierungspräsidentenberichten 1933–1943, I: Regierungsbezirk Oberbayern (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte A 3), Mainz 1966, 184. Vgl. ders., ebd. II: Regierungsbezirk Ober- und Mittelfranken (Veröffentlichungen ... A 8), Mainz 1967, 325; W. Ziegler (Bearb.) ebd., IV: Regierungsbezirk Niederbayern und Oberpfalz (Veröffentlichungen ... A 16), Mainz 1973, 117, 139, 146, 218, 229.

¹³ R. Eilers, Die nationalsozialistische Schulpolitik. Eine Studie zur Funktion der Erziehung im totalitären Staat (Staat und Politik 4), Köln–Opladen 1963, 108 f.

¹⁴ Damberg (1986, Anm. 6) 226 f.

¹⁵ Akten der Partei-Kanzlei (Anm. 7) Regest Nr. 23 658. Hier zitiert nach J. von Lang, Der Sekretär. Martin Bormann, der Mann, der Hitler beherrschte, Stuttgart 1977, 456.

¹⁶ Vgl. Kuroпка (Anm. 11) 33 (ohne Nachweis). U. v. Hehl, Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln 1933–1945 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte B 23), Mainz 1977, 191, gibt an, daß mit der Einführung der „Deutschen Schule“ in den westlichen Provinzen Preußens am 17./19. 4. 1939 gleichzeitig die Kreuze

sammenhang steht, faßt die Angaben seiner einzelnen Ortsgruppen 1939 zu einer Bestandsaufnahme zusammen. Danach waren in 13 der 31 Ortsgruppen die Kreuze nicht entfernt, ansonsten anscheinend überwiegend, was teilweise starke Proteste von Einwohnern, Parteimitgliedern, Lehrern und Pfarrern hervorgerufen hatte.¹⁷ Ebenso wurden 1939 im Aachener Raum die Kreuze weitgehend beseitigt.¹⁸

Dagegen ist in Westfalen eine durchgängige Systematik nicht zu erkennen, obwohl sich seit 1939 die Kreuzentfernungen häuften.¹⁹ In Baden, einem weiteren Land mit starken katholischen Bevölkerungsanteilen, ist zwar ebenfalls keine zentrale Verfügung zu finden, doch verschwinden auch hier seit 1939 allmählich zahlreiche Kreuzfixe.²⁰

Es läßt sich also deutlich beobachten, daß sich die mit den Kreuzentfernungen verbundenen Vorgänge insgesamt nicht auf die regionale Ebene beschränkten. Dabei ist jedoch nicht nur auf nationalsozialistischer Seite eine behutsame zentrale Steuerung erkennbar, sondern die einzelnen Diözesen versuchten, durch entsprechende Hirtenbriefe und sonstige Publikationen die Vorfälle ins öffentliche Bewußtsein zu heben. So wurde in Trier 1936 der Erlaß des Regierungspräsidenten im bischöflichen Amtsblatt bekanntgemacht.²¹ Die Dokumentation des Münsterer Bischofs von Galen über die Vorgänge in seinem Oldenburger Bistumsteil fand eine weite Verbreitung: In Freiburg erschien sie z. B. im Nachdruck im Bistumsblatt²², in Speyer nahm Bischof Sebastian in einem Hirtenbrief vom 17. 12. 1936 dazu Stellung.²³ In ganz Bayern erfuhr die Bevölkerung durch Predigten und Flugschriften von den Ereignissen; die dadurch ausgelöste Unruhe provozierte regelmäßig Überwachung und Gegenmaßnahmen durch die Gestapo.²⁴

In Berlin erzielten derartige Meldungen „große Wirkung“, auch unter Protestanten, außerdem wurde vor allem über Emigranten das Ausland ausführlich informiert.²⁵ In einer zwanzigminütigen Sendung gab Radio Vatikan am 11. 12. 1936 einen Bericht in deutscher Sprache über die Vorfälle.²⁶

Auch im Bistum Würzburg²⁷ kursierte der diesbezügliche Hirtenbrief Galens in Abschriften in den Reihen der katholischen Jugend.²⁸ Daneben wurde ein an der

aus allen Klassenzimmern entfernt worden seien und nennt dafür eine Kölner Quelle. (Vgl. Damberg [1986, Anm. 6] 227 Anm. 53, der dies zumindest für Westfalen bestreitet.)

¹⁷ Heyen (Anm. 8) 247–255.

¹⁸ The persecution of the catholic church in the Third Reich. Facts and documents translated from the German, London 1942, 127; F. Strobel, Christliche Bewährung. Dokumente des Widerstandes der katholischen Kirche in Deutschland 1933–1945, Olten 1946, 263 f.

¹⁹ Damberg (1986, Anm. 6) 226 f.

²⁰ J. Maier, Schulkampf in Baden 1933–1945. Die Reaktion der katholischen Kirche auf die nationalsozialistische Schulpolitik, dargestellt am Beispiel des Religionsunterrichts in den badischen Volksschulen (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte B 38), Mainz 1983, 76.

²¹ The persecution ... (Anm. 18) 121; Hürten (Anm. 8) 608–611.

²² Willenborg (Anm. 11) 337 f.

²³ H. Prantl (Bearb.), Die kirchliche Lage in Bayern nach den Regierungspräsidentenberichten 1933–1943, V: Regierungsbezirk Pfalz 1933–1940 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte A 24), Mainz 1978, 141 f.

²⁴ Vgl. die Übersicht bei Willenborg (Anm. 11) 337–347, Möckershoff (Anm. 1) 238 f.

²⁵ Vgl. Kuroпка (Anm. 11) 24; Hürten (Anm. 8) 531.

²⁶ Willenborg (Anm. 11) 38. Vgl. auch B. Schneider (Hg.), Die Briefe Pius' XII. an die Deutschen Bischöfe 1939–1944 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte A 4) Mainz 1966, 349, 356; D. Albrecht (Bearb.), Der Notenwechsel zwischen dem Heiligen Stuhl und der deutschen Reichsregierung II: 1937–1945 (Veröffentlichungen ... A 10), Mainz 1969, 85, 90, 97 f.

²⁷ Das Bistum Würzburg bestand aus dem Gebiet des Regierungsbezirks Mainfranken sowie dem „Bischöflichen Kommissariat Sachsen-Meiningen“.

²⁸ Frdl. Mitteilung von Frau A. Bethäuser (Hammelburg), die zu dieser Zeit eine führende Rolle in der kath. Jugendarbeit in Hammelburg spielte.

Dokumentation Galens orientiertes Flugblatt über die Dekanate in den Pfarreien verteilt. Unter der Überschrift „Wie die Münsterländer die Kreuze in den Schulen retten“ wird hier nach einer kurzen Einleitung in packender Erzählweise die Parteiversammlung in Cloppenburg geschildert. Ein Schlußappell betont die positive Rolle der „in ihrem Herzen der Kirche treu gebliebenen Parteigenossen“ und fordert alle zu lautem und furchtlosem Bekenntnis des Christentums auf, dem ein Erfolg nicht versagt sein könne.²⁹

Dieses Flugblatt liegt im Bistum Würzburg in der Linie einer kämpferischen Öffentlichkeitsarbeit, die unter Umgehung offizieller Organe erfolgte.³⁰ Über den Weg „an die H(ochwürdigen) H(erren) Dekane zur Verständigung des Klerus“ erreichte die Bistumsleitung direkt und in offener Sprache die katholische Bevölkerung, ohne – wie beim Amtsblatt oder dem Katholischen Sonntagsblatt – von der Gestapo angegriffen werden zu können. In einem derartigen Rundschreiben vom 18. 5. 1937, also in der ersten Phase der Einführung der Gemeinschaftsschule³¹, werden sicher auch Rückschlüsse aus den Oldenburger Ereignissen gezogen:

...II. Das Endziel des heutigen Schulkampfes.

Im Kampf gegen die Bekenntnisschule wird häufig zur Beruhigung der Eltern behauptet, in der Gemeinschaftsschule bleibe alles wie bisher: der Religionsunterricht, das Schulgebet und das Kreuz. Wie lange soll alles wie bisher bleiben? Auf diese Frage antwortet ein Erlaß des Reichskirchenministers vom 13. 12. 1935 betreff „Kirchengebet und Kreuz in den Schulen“ (G II a 3811/35 II A 2050/3), der wörtlich sagt:

Solange (!) die konfessionelle Schule und in ihr der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach besteht, darf das Kreuz als charakteristisches Zeichen der christlichen Religion nicht aus den Schulen entfernt werden und ist auch gegen das Schulgebet grundsätzlich nichts einzuwenden.

Also *nur solange!* Ist die Bekenntnisschule abgeschafft und die Gemeinschaftsschule eingeführt, sind Kreuz und Schulgebet nicht mehr verbürgt...³²

In einer etwa gleichzeitigen Hektographie, betitelt „Gemeinsame Parolen für die Diözese Würzburg“, findet sich ein direkter Bezug:

1. Weder ein Kreuz noch ein Bildstock noch sonst ein christliches Zeichen darf beseitigt werden. Schmach über die Gemeinde, die ein Kreuz aus der Schule oder aus einem öffentlichen Gebäude oder von einem Weg entfernen

²⁹ Z. B. in Diözesanarchiv Würzburg, PFA Unterelsbach (ungeordnet).

³⁰ Derartige Rundschreiben finden sich vor allem in: Diözesanarchiv Würzburg, Dekanatsarchiv Hammelburg (ungeordnet, z. Zt. bes. K 6). Als Verantwortlicher erscheint in einem Fall Domdekan DDr. Karl Staab, häufig ist kein Name oder nur „Bischöfliches Ordinariat Würzburg“ angegeben, in den 40er Jahren taucht dann Domkapitular Heinrich Leier, der Schriftleiter des 1941 eingestellten Sonntagsblattes, als „bischöflicher Referent für Information der H. H. Dekane“ auf. Eine Erfassung und Bewertung dieser Rundbriefe als zentrale Quelle für die Verteidigungsstrategie der Würzburger Bistumsleitung fehlt bis jetzt.

³¹ Im Dekanatsarchiv Hammelburg (Anm. 30) befindet sich eine weitere äußerst wichtige Quelle, die m. W. bisher nicht bekannt war: eine 43seitige Denkschrift des Würzburger Bischofs Mathias Ehrenfried an das Bayerische Kultusministerium und die Reichsministerien des Inneren, für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung sowie für kirchliche Angelegenheiten vom 31. 5. 1938, in der die Rechtsbestimmungen zur Bekenntnisschule dargelegt, die Schritte zur Einführung der Gemeinschaftsschule in Unterfranken und Abschaffung dokumentiert und ein Bericht über die Gegenmaßnahmen von katholischer Seite gegeben werden, inklusive einer Übersicht über die Abstimmungsergebnisse für die Beibehaltung der Bekenntnisschule in den 22 Bezirken Unterfrankens. Danach stimmten in 212 Gemeinden zwischen 50 und 90 Prozent der Erziehungsberechtigten, in 465 Gemeinden über 90 Prozent für die Bekenntnisschule.

³² Ebd., ebenso in Diözesanarchiv Würzburg, Deutsche Zeitgeschichte 4.16.4 (K 8). Hervorhebung im Original.

läßt. Das Beispiel der Oldenburger ist gegebenenfalls anzuführen, um den Mut, die Tapferkeit und die christliche Treue der Gemeinden zu stärken...³³

Faßt man die Nachrichten zu Schulkreuzentfernungen vor 1941 zusammen, so läßt sich feststellen, daß diese sich auf Reichsgebiete mit katholischer Dominanz bezogen.³⁴ In den konfessionsgemischten Regionen bzw. den Gebieten mit protestantischer Mehrheit finden sich keine Informationen zu flächendeckenden Auseinandersetzungen um das Schulkreuz, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang etwa mit den Oldenburger Ereignissen stehen. Die Gründe für diese Konzentration auf die katholische Kirche können hier nicht näher erörtert werden, aber sicherlich spielen dabei die bei den Katholiken größere Bedeutung des Kreuzsymbols und die stärkere Affinität der evangelischen Kirche zum Nationalsozialismus eine wichtige Rolle.³⁵

In den genannten katholischen Gebieten (d.h. in erster Linie den westlichen preußischen Provinzen und hier vor allem in der Rheinprovinz) ist die Entfernung von Kreuzen eine Maßnahme mit hoher symbolischer Wirkung auf beiden Seiten und damit ein zentraler Akt in der Entkonfessionalisierung der Schule und des öffentlichen Lebens. Sie wurde von den Kirchenleitungen und der katholischen Bevölkerung nicht kampfflos hingenommen, wobei die Art des Vorgehens auf nationalsozialistischer Seite das Ausmaß des Protestes der Katholiken weitgehend bestimmte, wenn auch durchaus regionale Unterschiede eine Rolle spielten.³⁶ Nach 1939 war Bayern das einzige „katholische“ Land, in dem Schulkreuzentfernungen auf Einzelfälle beschränkt blieben.³⁷

Die Schulkreuzentfernungen 1941 in Bayern

Vor diesem Hintergrund vollzog sich der Kampf um das Schulkreuz 1941 in Bayern. Als Auslöser für den Erlaß Wagners vom 23. 4. 1941 ist eine Anordnung des Reichserziehungsministers Rust vom 21. 4. 1941 zu sehen, wonach die Schulgebete unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse durch nationalsozialistische „Wo-

³³ Diözesanarchiv Würzburg, PFA Unterelsbach (ungeordnet). Im Fastenhirtenbrief von 1937 des Würzburger Bischofs heißt es dementsprechend: „Man ist in größter Sorge, wenn man sich an die geplante Entfernung des Kreuzes aus unseren Schulen wie in Oldenburg erinnert, wenn man weiß, daß es zur Zeit schon Schulen gibt, in denen das Kreuz beseitigt und nicht wieder eingeführt worden ist.“ Zit. nach K. Wittstadt, Bischof Matthias Ehrenfried im Spiegel seiner Hirtenbriefe, in: Würzburger Diözesangeschichtsblätter 41 (1979) 203–216, hier 210.

³⁴ Zur Provinz Ostpreußen: G. Reifferscheid, Das Bistum Ermland und das Dritte Reich (Bonner Beiträge zur Kirchengeschichte 7), Köln 1975, 164f, 173: „Die Eliminierung der Geistlichen und die Beseitigung der Kreuze aus den Schulen fielen auch in der Provinz Ostpreußen als die Hauptsymptome des weltanschaulichen Umwandlungsprozesses, der das staatliche Erziehungsmonopol durchsetzen wollte, auf.“ (173). Die dem Reich „angeschlossenen“ Gebiete wurden nicht berücksichtigt. Allerdings waren die religionspolitischen Maßnahmen wegen des hier fehlenden Konkordates ungleich härter als im Reich.

³⁵ Siehe dazu auch die Angabe von B. Möckershoff (Anm. 1) 253, daß zur Zeit der Schulkreuzaffäre 1941 im Raum Wunsiedel (mit katholischer Minderheit) in 173 von 205 Schulabteilungen das Kreuz schon jahrelang entfernt war. Ebenso: F.-J. Luzak, Die Lutherbildaffäre in Oldenburg. Die Evangelisch-Lutherische Kirche im Kampf um Kreuz und Lutherbild, in: Kuropka (Anm. 5) 82–100, hier bes. 92, 97f.

³⁶ Zu letzterem vgl. Kuropka (Anm. 11) 35.

³⁷ L. Volk (Bearb.), Akten Kardinal Michael von Faulhabers 1917–1945, II (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte A 26), Mainz 1978, 796f; Vgl. H. Boberach (Bearb.), Berichte des SD und der Gestapo über Kirchen und Kirchenvolk in Deutschland 1934–1944 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte A 12), Mainz 1971, 402, 464, 472.

chensprüche“ zu ersetzen seien.³⁸ Die Anweisung Wagners an den Reichsstatthalter für die Westmark in Saarbrücken, die bayerischen Regierungspräsidenten sowie die Direktorate der höheren Lehranstalten unter dem Betreff „Umrahmung des täglichen Unterrichts an den Schulen“ ging mit der befohlenen Entfernung der Schulkreuzen jedoch weit über die Maßnahme Rusts hinaus:

An den meisten Schulen wird schon seit Jahren der Unterricht mit einem Tages- oder Wochenspruch begonnen und beendet.

Dieser Brauch hat sich im Zuge der weltanschaulichen Einordnung der Schule entwickelt und entspricht dem Empfinden unserer nationalsozialistischen Erzieherschaft und der Jugend. Um eine einheitliche Handhabung an allen Schulen herbeizuführen, hebe ich daher die Ministerialbekanntmachung vom 28. 3. 1933 Nr. II 12 429 (KMBI. S. 36) auf und ordne an, daß dieser Unterricht an Stelle eines Gebetes mit einem geeigneten Tages- oder Wochenspruch aus dem nationalsozialistischen Gedankengut oder einem Lied der Hitler-Jugend begonnen und beendet wird.

Gleichzeitig weise ich darauf hin, daß kirchlicher Bilderschmuck, auch wenn er künstlerischen Wert besitzen sollte, sowie Kruzifixe in der Schule am falschen Platze sind, ich ersuche daher Sorge dafür zu tragen, daß solcher Wandschmuck allmählich entfernt oder durch zeitgemäße Bilder ersetzt wird. Eine geeignete Gelegenheit hierzu ergibt sich beispielsweise bei Erneuerungsarbeiten in den Klassenzimmern oder im Zuge räumlicher Änderungen. Ich ersuche entsprechend zu verfahren.³⁹

Als Grund für die Anordnung gibt Wagner also die gleichmäßige Durchsetzung der Entkonfessionalisierung der Schulen an, die zeitgemäßen Bilder sind in erster Linie das Führerbild. Das Attribut „allmählich“ und die praktischen Beispiele weisen darauf hin, daß eine zu erwartende Brückierung offensichtlich vermieden werden sollte.

Diese geheimgehaltene Anweisung wurde über die Landräte bzw. Bezirksschulämter an die zuständigen Schulleiter und Lehrer weitergeleitet.⁴⁰ Zunächst ist davon auszugehen, daß viele kirchlich gesinnte Lehrer sie überhaupt nicht ausführten. In der Diözese Passau blieb in 302 von 418 Schulstellen, d. h. in 72 Prozent der Fälle, das Kreuz unangetastet, im Bistum Regensburg in 1893 von 2760 Schulstellen, also 68,6 Prozent⁴¹, im Regierungsbezirk Oberbayern analog in 588 von 977 Grundschulen (60 Prozent).⁴² Auch wenn in den anderen Landesteilen die Zahlen womöglich niedriger lagen, ist doch allgemein von einer großen Anzahl von Schulen auszugehen, in denen alles beim alten blieb. Dazu kommt, daß besonders im Mai und Juni 1941 trotz allgemeinen Bekanntwerdens des Wagnerschen Erlasses die Zahl der tatsächlichen Kreuzentfernungen noch relativ niedrig zu liegen scheint.⁴³ Vie-

³⁸ H. Baier, Kirche in Not. Die bayerische Landeskirche im Zweiten Weltkrieg (Einzelarbeiten aus der Kirchengeschichte Bayerns 57), Neustadt/Aisch 1979, 173. Danach ist der Wagner-Erlaß eine unmittelbare, wenn auch erweiterte Anwendung des Rust-Erlasses. Vgl. auch Meier (Anm. 20) 75 m. Anm. 263 für Baden, wo der Rust-Erlaß am 10. 5. 1941 den Kreis- und Stadtschulämtern und unterstellten Schulen weitergeleitet wurde.

³⁹ Zit. nach Ziegler (Anm. 12) 283 f. Eine Abschrift befindet sich auch in: Diözesanarchiv Würzburg, Deutsche Zeitgeschichte 4.16.4 (K8) – Gaubüttelbrunn; Vgl. H. Huber, Dokumente einer christlichen Widerstandsbewegung. Gegen die Entfernung der Kruzifixe aus den Schulen 1941, München 1948, 10 f.

⁴⁰ Staatsarchiv Würzburg, SD-Hauptaufstellen Würzburg 33, 29. Witetschek (Oberbayern, Anm. 12) 329.

⁴¹ Möckershoff (Anm. 1) 245, 253.

⁴² Kershaw (Anm. 1) 353 f.

⁴³ Siehe die allgemeine Angabe bei Kleinöder (1984, Anm. 1) 626, ferner die Notiz bei Möckershoff (Anm. 1) 240, Anm. 25, wonach der ihr vorliegende Erlaß am 27. 5. 1941 eintraf. In München teilten die Bezirksschulräte die Verordnung am 13. 6. 1941 den Volksschulräten mit: Volk (Anm. 37) 797. Ein Beispiel aus Unterfanken: Der Erlaß Wagners an die Re-

lerorts wurden außerdem die Schulkreuze nicht beseitigt, sondern an die Seiten- oder Rückwand oder hinter die Tafel gehängt.

Sowohl im Falle der Entfernung wie der Umhängung fand neben einer allgemeinen Unruhe in der Bevölkerung eine ganze Reihe massiver lokaler Proteste statt, die vor allem aus Demonstrationen vor Schule oder Rathaus und aus Drohungen etwa mit Schulstreik bestanden und die z.T. durch Predigten von Ortsgeistlichen angestachelt worden waren.⁴⁴

Die Konflikte veranlaßten einen mündlichen⁴⁵ ministeriellen Erlaß vom 16. 6. 1941, der vom Bezirksschulamt Schweinfurt am 28. 6. 1941 an alle Schulleitungen wie folgt weitergegeben wurde:

Eine R[egierungs]E[ntschießung] vom 23. VI. 1941 Nr. 3006 a 40 besagt: „Ein Lehrer hat durch voreiligen Vollzug von Absatz III der M[inisteriellen] E[ntschießung] vom 25. IV. 1941 [!] Nr. VIII 20 891 – mitgeteilt mit R[egierungs]E[ntschießung] vom 12. V. 1941 Nr. 3006 a 2 – im Schulort eine erhebliche Aufregung bei den Erziehungsberechtigten hervorgerufen. Mit einer M[inisteriellen] E[ntschießung] vom 16. I[aufenden] M[onats] wurde darauf hingewiesen, daß die Form, in der der Lehrer die an ihn ergangene Weisung durchführte, in krassem Widerspruch zu den bindenden Ausführungsanordnungen des eingangs erwähnten Absatzes III a.a.O. steht.“

Wir ersuchen die Lehrerschaft auf die genaueste Beachtung der ergangenen Anordnungen *ausdrücklich* hinzuweisen.⁴⁶

Die kirchenamtlichen Stellen reagierten insgesamt erst ab Juli mit Eingaben und öffentlichen Verlautbarungen. Kardinal Michael von Faulhaber, der Vorsitzende der Bayerischen Bischofskonferenz, kannte zwar schon vor dem 9. Mai den Erlaß Wagners, nicht jedoch dessen Adressaten. Er wollte daher noch weitere Informationen abwarten und dann ein gemeinsames Schreiben der bayerischen Bischöfe an Wagner veranlassen.⁴⁷

Ab 15. Juli, als die Folgen klarer zutage traten, bereitete er eine Eingabe an Wagner und einen Hirtenbrief vor.⁴⁸ Die Eingabe wurde darauf mit Datum vom 26. Juli

gierungspräsidenten wurde am 12. 5. 1941 weitergegeben. Das Bezirksschulamt Schweinfurt leitete ihn mit Datum vom 16. 5. 1941 an alle Schulleitungen des Kreises weiter. In der Schulleitung Zeuzleben traf er darauf am 23. 5. 1941 ein. (Diözesanarchiv Würzburg, Deutsche Zeitgeschichte 4.16.4 (K8) – Gaubüttelbrunn). Ein verbreitetes Vorgehen scheint demnach erst ab Juni erfolgt zu sein, vgl. dazu unten Übersicht 1, sowie Volk (Anm. 37) 797: „Die Ausführung ... hatte zunächst *ein sehr langsames Tempo*“. (Hervorhebung im Original).

⁴⁴ Da unten für Unterfranken eine genauere Übersicht erfolgt, sei hier nur verwiesen auf: Die kirchliche Lage in Bayern nach den Regierungspräsidentenberichten 1933–1942. I: Witetschek (Anm. 12, Oberbayern) 328 ff. II: ders., (Anm. 10, Ober- und Mittelfranken) 381 ff. III: ders., Regierungsbezirk Schwaben (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte A 14), Mainz 1971, 216 ff. IV: Ziegler (Anm. 12, Niederbayern und Oberpfalz) 283 ff. VI: K. Wittstadt (Bearb.), Regierungsbezirk Unterfranken 1933–1944 (Veröffentlichungen ... A 31), Mainz 1981, 182 ff, sowie die Übersicht bei Kershaw (Anm. 1) 340–357.

⁴⁵ Darauf nimmt die Eingabe der bay. Bischöfe vom 26. 7. 1941 Bezug: Volk (Anm. 37) 761.

⁴⁶ Diözesanarchiv Würzburg, Deutsche Zeitgeschichte 4.16.4 (K8) – Gaubüttelbrunn. Hervorhebung im Original.

⁴⁷ Faulhaber an Bischof Buchberger von Regensburg am 9. 5. 1941: Volk (Anm. 37) 750 f. Bereits 1937 hatte Faulhaber die Entkonfessionalisierung und damit die Schulkreuzentfernungen als Teilziel des Schulkampfes bezeichnet (ebd., 270).

Dagegen ließ Bischof Hauck von Bamberg nach den Schulkreuzentfernungen in der Stadt Bamberg diese an den Pfingstfeiertagen (1./2. Juni) durch Kanzelerklärungen bekanntmachen und ordnete Sühneandachten an, die „außerordentlich gut“ besucht waren: ebd., 774; vgl. Witetschek (Ober- und Mittelfranken, Anm. 12) 387. Von Protesten auf Seiten der evangelischen Kirchenleitung ist nichts bekannt. Vgl. Baier (Anm. 38) 173 f.

⁴⁸ Volk (Anm. 37) 760. Faulhaber bezieht sich hier darauf, daß ein solcher Protest „seit längerer Zeit“ von einigen Bischöfen beantragt worden sei. Schon am 21. 5. 1941 hatte Bischof Landersdorfer von Passau gegenüber Faulhaber ein Wort des Episkopats bezügl. Schul-

namens aller bayerischen Bischöfe an Wagner übergeben. Die Bischöfe erkennen es darin als ihre Gewissenspflicht an, „... angesichts dieses neuen Vorgehens zur Vernichtung des Christentums im öffentlichen Leben vorstellig zu werden“, zumal sie mit einer Ausweitung der Kreuzentfernungen in den bevorstehenden Ferien rechnen. Mit Hinweisen auf die Widersprüche zu offiziellen Äußerungen von Hitler, Wagners Vorgänger Hans Schemm und Wagner selbst nehmen die Bischöfe die Argumentation auf, die von überall aus der Bevölkerung kam und ziehen wie diese Parallelen zum „Bolschewismus“ in Spanien (während des Bürgerkrieges 1936–1939) und Rußland, der die Kreuze überall entfernt habe: Während die deutschen Soldaten angeblich einen „Kreuzzug“ gegen ihn im Osten führten, würde „... zur gleichen Zeit dem Kreuz in der Heimat der Krieg erklärt“.⁴⁹

Wagner gab den Bischöfen keine Antwort, sondern erließ entsprechend ihren Befürchtungen am 14. 8. 1941 eine neue Anordnung, die zu einer schlagartigen Durchführung der Kreuzentfernungen in den Ferien und damit zu einer Beendigung der verworrenen Zustände führen sollte:

Verschiedene Vorfälle, die sich bei der Durchführung meiner Entschließung vom 23. 4. 1941 Nr. VIII 20891 an einigen Orten zugetragen haben, geben mir Veranlassung, unter teilweiser Abänderung der vorgenannten Entschließung für sämtliche Schulen verbindlich anzuordnen, daß Kruzifixe und konfessionelle Bilder bis zum Wiederbeginn des Unterrichts nach den Sommerferien 1941 aus den Schulräumen entfernt sein müssen. Ich ersuche, die Entfernung, soweit noch nicht geschehen, in entsprechender Weise zu veranlassen.⁵⁰

Faulhaber hatte zunächst indirekt erfahren, daß Wagner Anfang August auf die Eingabe vom 26. Juli antworten wolle, und deshalb die für den 10. August geplante Verlesung eines hauptsächlich von Bischof Rackl von Eichstätt ausgearbeiteten Hirtenbriefs um eine Woche verschoben.⁵¹ Als dann die Antwort ausblieb, erfolgte am 17. August in allen Gemeinden Bayerns die Verlesung des Hirtenbriefs, der recht starke Töne anschlägt:

Der erste Teil ist ein Appell, treu zur Religion zu stehen, wobei den Gläubigen als „Testament auch der im gegenwärtigen Krieg ... gefallenen Soldaten“ eingeschärft wird: „Nehmet es ernst mit der Religion!“, „Sorget für die Zukunft: Habet acht auf die Jugend!“. Diese Sorge legen ihnen die Bischöfe angesichts der Aufgaben und Gefahren für die Jugend „aufs Gewissen“: „Es ist Wahnsinn und Verbrechen, es ist bethlehemitischer Kindermord, wenn man die Kinder sittlich zugrunde richtet, religiös aushungert, an der Seele verkümmern läßt.“ Nur die vereinten Kräfte von „Familie, Kirche und Schule“ könnten die Erziehung der Jugend garantieren.

Ein zweiter Teil nennt „Zeiterscheinungen, die das Testament der toten Helden umstoßen...“: Das Verbot der Bittprozessionen und der kirchlichen Feiertage und die Abschaffung des Schulgebets, während doch das Gebet oft der letzte Halt für den Soldaten an der Front sei.

Der dritte Teil schließlich geht auf die Kreuzentfernungen ein und betont die Rolle des Kreuzes als Sinnbild des christlichen Glaubens: „Wer das Kreuz aus der Schule entfernt, entfernt das Christentum aus der Schule.“ Wiederum wird auf die Bedeutung des Kreuzes für die Soldaten an der Ostfront verwiesen.

kreuzentfernungen und Schulgebet befürwortet: „... aus Anlaß dieser letzten Schritte in der Entchristlichung der Schule.“ (ebd., 758).

⁴⁹ Druck der Eingabe ebd., 764–767.

⁵⁰ Zit. nach Ziegler (Anm. 12) 291 f, Anm. 12.

⁵¹ Volk (Anm. 37) 769.

Der Schlußappell ruft zum Gebet in der Familie, zur persönlichen Kreuzverehrung und zur besonderen Feier des Festes der Kreuzerhöhung am 14. September auf.⁵²

Der Hirtenbrief wurde deshalb so ausführlich referiert, weil hier zum einen deutlich wird, wie vehement die Bischöfe die Bevölkerung zur entschlossenen Verteidigung ihres Glaubens und seiner Symbole aufforderten. Zum anderen bestärkten sie mit ihrer durchgehenden Berufung auf das Beispiel und die Willenserklärungen von Frontsoldaten die schlagkräftige Argumentation der Protestierenden und zielten gleichzeitig – da fast alle von den ersten hohen Kriegsverlusten in irgendeiner Weise betroffen waren – ganz massiv auf die Emotionen der Zuhörer ab. Schließlich konnte die Art der Formulierungen auch den Eindruck erwecken, als stünde die Wehrmacht insgesamt auf ihrer Seite⁵³, was z. B. in Oberbayern auch eintraf.⁵⁴

Der Zeitpunkt der nächsten Verfügung Wagners legt den Schluß nahe, daß diese eine Reaktion auf den Hirtenbrief bzw. die daraufhin verstärkte Unruhe in der Bevölkerung darstellte: Am 22. August erging die Anordnung, daß „sämtliche Maßnahmen seitens der Regierungspräsidenten nur im engsten Einvernehmen mit den zuständigen Gauleitern und seitens der Landräte bzw. Bezirksschulräte nur im engsten Einvernehmen mit den Kreisleitern“ erfolgen dürften.⁵⁵

Kurz darauf vollzog sich dann die erste Etappe des – ungeordneten – Rückzuges. Mit Datum vom 28. August richtete Wagner den sog. Stopperlaß an die Gauleiter und in Abdruck an die Regierungspräsidenten:

Meine Maßnahmen zur Entfernung der Kruzifixe aus den Schulen, die ich aus beiliegenden Abdrucken zu ersehen bitte, haben an verschiedenen Orten zu äußerst unliebsamen Zwischenfällen geführt. Grund für die Vorkommnisse war teils die gut organisierte Gegenpropaganda der Geistlichkeit, teils die politisch falsche bzw. übereifrige Handlungsweise von Lehrkräften und Schulaufsichtsorganen. Besonders bedenklich und nicht vorhersehbar erscheint mir vor allem die Beteiligung von Parteigenossen und sogar uniformierter Angehöriger der Gliederungen der Partei an solchen Protestkundgebungen gegen die staatlichen Maßnahmen. Um weitere derartige Zwischenfälle auszuschalten habe ich zunächst meine nachgeordneten Stellen angewiesen, sämtliche Maßnahmen nur im engsten Einvernehmen mit den Hoheitsträgern der Partei vorzunehmen.

Da ich von einer förmlichen Aufhebung meiner Anordnungen aus Gründen der Staatsautorität Abstand nehmen möchte, zur Aufrechterhaltung des inneren Friedens aber eine weitere Durchführung meiner Anordnungen derzeit nicht weiter verantworten kann, bitte ich Ihre durch meine Entschließungen vom 22. 8. und 23. 8. eingeschalteten Hoheitsträger anzuweisen, weitere Maßnahmen abzustoppen. Soweit die Entfernung der Kruzifixe aufgrund meiner ersten Entschließung bereits erfolgt ist, wird es im allgemeinen bei dieser Sachlage verbleiben können, soweit Sie nicht nach der örtlichen Lage anders entscheiden.⁵⁶

⁵² Druck ebd., 780–786. Auch der Bischof von Hildesheim ging in seiner Predigt am 17. 8. 1941 auf die Schulkreuze ein: L. Volk, Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945, V: 1940–1942 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte A 34), Mainz 1983, 530–537.

⁵³ Zu letzterem vgl. Kershaw (Anm. 1) 348.

⁵⁴ Witetschek (Oberbayern, Anm. 12) 332. Ähnlich in Unterfranken: Wittstadt (Anm. 44) 189. Gerade wegen dieser Inanspruchnahme der Wehrmacht, die zu Schwierigkeiten mit dieser führen könnte, aber auch aus anderen Gründen waren Inhalt und Zeitpunkt des Hirtenbriefes im bayerischen Episkopat nicht unumstritten. Vgl. Bischof Buchberger von Regensburg an Faulhaber vom 14. 8. 1941: Volk (Anm. 37) 786 f, sowie ebd., 767.

⁵⁵ Zit. nach Ziegler (Anm. 12) 292, Anm. 12.

⁵⁶ Zit. nach Ziegler (Anm. 12) 293, Anm. 2. Ebd. befindet sich der Hinweis, daß nach einem

Dieses Nachgeben beruhte nicht nur auf dem allgemeinen kirchlichen Protest, sondern auch auf dem Eingreifen nationalsozialistischer Amtsträger. So bat Ministerpräsident Siebert, der mit Wagner zusammen die bayerische Regierung darstellte, aufgrund der an ihn herangetragenen Beschwerden schon in einem Brief vom 5. Juni um Aufklärung.⁵⁷ Reichsstatthalter Epp ging weiter: Mit Schreiben vom 15. August an den Chef der Reichskanzlei Lammers kritisierte er offen Wagner, der völlig darüber hinweggesehen habe, „daß das religiöse Gefühl im Kriege besonders empfindlich ist und daß durch derartige Maßnahmen vollständig unnötig die Bildung einer sich schon abhebenden geistigen Widerstandsfront geradezu herausgefordert wird.“⁵⁸ Nach der Weiterleitung dieser Beschwerde Epps an die Parteikanzlei veranlaßte Bormann dann die Rücknahme des Kreuzifix-Erlasses.⁵⁹

Damit begann aber nur eine weitere Phase im Kampf um das Schulkreuz. Zunächst ließ Wagner, um den Schaden weitmöglichst zu begrenzen, am 10. September den Münchener Generalvikar Buchwieser in das Kultusministerium rufen und ihm eröffnen, daß eine nochmalige Verlesung des Hirtenbriefes oder eines Teiles desselben (letzteres war für den 14. September von den Bischöfen empfohlen) strengste Gegenmaßnahmen seitens der Gestapo zur Folge haben würde. Gleichzeitig bot er ihm dafür verschiedene Gegenleistungen an:⁶⁰

1. Stopp der Kreuzentfernungen.
2. Neutrales Schulgebet.
3. Straffreiheit für 59 Geistliche, gegen die gerichtliche Verfahren wegen sonntagsmäßigen Gottesdienstes an verbotenen kirchlichen Feiertagen liefen bzw. die bereits verurteilt waren.
4. Rücknahme der Schließung dreier Knabenseminare.

Bei diesem Angebot hatte anscheinend Großadmiral Raeder vermittelnd eingegriffen, nachdem er eine auch auf die Schulkreuzentfernungen bezogene Denkschrift des ehemaligen Obermatrosen Konrad Lotter erhalten hatte.⁶¹

Faulhaber ging auf diese Offerte im Namen der bayerischen Bischöfe ein.⁶² Dennoch gingen die Kreuzentfernungen punktuell weiter. Außerdem kam es zu erneuten Protesten in Gemeinden, in denen das Kreuz schon beseitigt worden war und demzufolge nicht wieder aufgehängt wurde.⁶³ Auch eine fermündliche Verfügung vom 29. September konnte diese verworrenen Zustände nicht endgültig beseitigen:

Die Schulämter... werden ermächtigt, auf Antrag der Bürgermeister nach Anhörung der zuständigen Kreisleiter die Kreuzfixe in den Schulräumen wieder anbringen zu lassen, soweit sie im Verfolge der Entschließung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 23. 4. 1941 Nr. VIII 20 891 und der weiteren Entschließung in dieser Angelegenheit entfernt wurden.⁶⁴

Funkspruch der Regensburger Regierung an die Landratsämter mit den Worten „Weitere Mitteilung abwarten“ ein Stopp schon am 25. August erfolgte.

⁵⁷ Huber (Anm. 39) 11.

⁵⁸ Zit. nach J. Klenner, Verhältnis von Partei und Staat 1933–1945, dargestellt am Beispiel Bayerns (Miscellanea Bavarica Monacensia 5), München 1974, 312.

⁵⁹ Willenborg (Anm. 11) 351. Vgl. Klenner (Anm. 58) 313. Auch Rosenberg teilte die Kritik am Kreuzifix-Erlaß: Akten der Parteikanzlei (Anm. 7) Regest Nr. 25 939, Willenborg 351. Nach E. N. Peterson (The Limits of Hitler's Power, Princeton 1969, 219 – ohne Nachweis!) drohte Hitler, daß er Wagner bei einer nochmaligen derartigen Dummheit nach Dachau schicke. Vgl. dazu auch die Aussage von K. Lotter in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg, 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, Bd. 41, Nürnberg 1949, 77.

⁶⁰ Faulhaber an den Diözesanklerus, 18. 10. 1941: Volk (Anm. 37) 798 f.

⁶¹ Der Prozeß ... (Anm. 59) 76. Ergänzend dazu: A. Natterer, Der bayerische Klerus in der Zeit dreier Revolutionen. 1918–1933–1945, München 1946, 280 f.

⁶² Volk (Anm. 37) 798. Vgl. Möckershoff (Anm. 1) 243.

⁶³ Vgl. z. B. Ziegler (Anm. 12) 293 mit Anm. 3, 299–302. Möckershoff (Anm. 1) 245–255. Kershaw (Anm. 1) 343–347.

⁶⁴ Zit. nach Ziegler (Anm. 12) 297, Anm. 3. Im Exemplar, das Ziegler vorlag, ist mit Blaustift

Eine Mitteilung des Kultusministeriums an das Ordinariat in München, wonach bei weiteren Protesten die Ortsgeistlichen verantwortlich gemacht werden sollten⁶⁵, zeigt die Diskrepanz zwischen den einzelnen staatlichen Maßnahmen und damit die ganze Hilflosigkeit beim geradezu krampfhaften Versuch, endlich Ruhe in die Bevölkerung zu bringen.

Ein wesentlicher Grund für das Anhalten der Konflikte lag auch im Verhalten von Regierungspräsidenten und nachgeordneten Behörden, die den Stopperlaß und die fermündliche Verfügung solange wie möglich zurückhielten, wodurch die unterschiedlichsten Vorgehensweisen von der Wiederanbringung bis zur erstmaligen Entfernung zustandekamen. Erst Mitte 1942 hatte sich die Situation einigermaßen entspannt.⁶⁶

Davon unabhängig lief eine weitere Aktion, die abschließend erwähnt werden soll, um zu zeigen, wie sehr das Nachgeben Wagners vom äußeren Druck bestimmt war und wie wenig Bereitschaft er zeigte, seine Ziele zu modifizieren:

In der zweiten Oktoberwoche hielt Wagner eine Rede vor Parteiführern in Altötting, in der er diese aufforderte, dafür zu sorgen, daß viele Geistliche nunmehr Schulverbote bekämen, denn damit erledige sich die Kreuzifixfrage von selbst.⁶⁷ Dem entsprechen die Angaben einzelner Bischöfe über die schlagartige Vermehrung von Schulverboten für ihren Klerus, z. B. aus Regensburg, wo Bischof Buchberger am 24. Oktober bereits 18 Fälle meldete.⁶⁸

Proteste gegen Schulkreuzentfernungen in Unterfranken

Der Regierungsbezirk Unterfranken weist bezüglich seiner Quellenlage Vor- und Nachteile auf. So ist es z. B. im Gegensatz zu anderen Regionen nicht möglich, eine Aufstellung zu bringen, in welchen Gemeinden das Kreuz entfernt wurde, wo es wieder in die Schule hineinkam und ob sich die öffentlichen Proteste auf die unten aufgeführten 26 Gemeinden (das wären 2,8 Prozent der 943 Orte mit eigenen Schulen bzw. Schulabteilungen) beschränkten.^{68a} Dafür existieren neben den Regierungspräsidentenberichten für eine ganze Reihe von Orten teilweise sich überschneidende Unterlagen sowohl von nationalsozialistischer wie von kirchlicher Seite, die es erlauben, ein genaueres Bild der Vorgänge und ihrer Hintergründe zu zeichnen.

Die unterschiedlichen Quellen zeigen deutlich, daß manche Vorfälle in den staatlichen Akten, etwa den Gestapoakten, sehr detailliert festgehalten sind, während andere nicht einmal registriert wurden. Analog verhält es sich mit den kirchlichen Unterlagen. Eine lückenlose Behandlung aller Proteste in Unterfranken wird da-

angefügt: „von dieser Ermächtigung ist jedoch nur in den Gemeinden Gebrauch zu machen, in denen aus Gründen der Stimmung und der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung eine Einbringung der Kreuzifixe angebracht scheint.“ (ebd.).

⁶⁵ Volk (Anm. 37) 846, Anm. 4.

⁶⁶ Vgl. Berichte des Sicherheitsdienstes 1940–1944, in: M. Broszat/E. Fröhlich/F. Wieseemann (Hg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. 1: Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte, München–Wien 1977, 625, sowie Anm. 63.

⁶⁷ Volk (Anm. 37) 816, mit Anm. 5.

⁶⁸ Ebd., 809.

^{68a} Anzahl der Orte mit Schulen bzw. Schulabteilungen errechnet auf Grundlage von: Schulanzeiger für Mainfranken 68 (1941) 4–25. Die Gemeinden mit Protesten konzentrieren sich nördlich von Schweinfurt in den Landkreisen Schweinfurt, Bad Kissingen und Bad Neustadt (6), um Würzburg in den Landkreisen Würzburg und Ochsenfurt (6) und südlich von Aschaffenburg in den Landkreisen Aschaffenburg, Obernburg und Miltenberg (7), die restlichen liegen in den Landkreisen Gemünden (2), Marktheidenfeld (2), Schweinfurt, Ebern und Mellrichstadt. Für die übrigen zehn der 22 Landkreise gibt es bisher keine Informationen über öffentliche Proteste. Ob dieser Befund der Quellenlage entspringt oder strukturelle Gründe hat, kann hier nicht geklärt werden.

durch also unmöglich, die Analyse der überlieferten Ereignisse zeigt aber, daß sie durchgehend aus den gleichen Komponenten bestehen. Wenn daher nur für einen Teil der unten aufgeführten Orte ausführliche Informationen vorliegen, so kann doch aus den pauschalen Angaben („unliebsame Vorkommnisse“, „Protest der Eltern“) auf ähnliche Vorkommnisse in den anderen Gemeinden geschlossen werden. Demzufolge ist auch eine Beschreibung für jeden einzelnen Ort nicht angebracht.

Daraus ergibt sich die Vorgehensweise: Im folgenden werden für alle Gemeinden, von denen ein klarer öffentlicher Protest bekannt ist, einige formale Informationen (Zeitpunkt der Entfernung, beteiligte Personen, Resultat) sowie die Quellen angegeben. Darauf baut sich eine systematische Übersicht auf, in der die typischen Verlaufsformen und Komponenten der Konflikte erläutert werden. Ein im Anhang edierter Bericht über die Vorgänge in einem konkreten Fall (Nüdlingen) soll diese eher pauschalen Angaben und zugleich mögliche Abweichungen illustrieren. Weitere Detailinformationen folgen dann in der Analyse der Hintergründe.

Übersicht 1: Orte mit öffentlichem Protest gegen Entfernung oder Verhängung von Schulkreuzen

Ort	Einw.-zahl	Entfern. (Verhäng.) wann – durch wen?	am Protest Beteiligte:		Ausgang:		Quellen:
			absolut	v. H.	Wiederanbringung	endgült. Entf.	
Allersheim	323	Mai/Lehrer	8 Männer	2,48	Okt.		GA 3521
Amorbach	2388		Frauen		x		GA 2424
Aura	863	Mai/Schulleiter	Einw./Eltern				RPB 182
Ebertshausen	310	Juni/Lehrerin	15 Frauen	4,84			RPB 185, GA 13030, 17833
Eckartshausen	267	Austrittsdrohung d. NS-Frauensch.	im Falle d.		Entf.		RPB 185
Eibelstadt	1428	Ferien/Schulleiter	ca. 100 Frauen	ca. 7	x	—	RPB 190f
Eichelsbach	270	Ferien/Lehrer	ca. 40 Männer einige Frauen	ca. 16	x	—	Broszat 624f, GA 2424, 17978
Erlenbach/M. Eßfeld	1522	Kreuze „vorübergeh. entfernt“	Frauen		x		GA 2424
Gaubüttelbrunn	558	30. Juni/Lehrer	36 Frauen 23 Männer	14,86	x	—	FB C DAW, GA K 5/4, RPB 186
Gerach	397	„unliebsame Vorkommnisse“ (vgl. u. Seifriedsburg)					RPB 186, FB A (Friedrich)
Großheubach	684		Pfarrer über 100 Frauen einige Männer Schülergruppe Soldaten	ca. 5	—	x	RPB 194f, GA 2424, 15531, 15534
Hendungen	2530	Verhäng./Lehrerin	Pfarrer				GA 10470, RPB 185
Holzkirchhausen	659	Mitte Juni/Lehrer	Pfarrer 20 Frauen		—		DAW, Dt. Zeitgesch. 4.18 / 4.16.14 (K.16)
Kürmach	1073	August Pflingsten/Lehrer	13 Einwohner 3 Männer	1,21	x	—	GA 13467 u. a. DAW, Dt. Zeitgesch. 4.18 / 4.16.14 (K.16)
Neubrunn (Lkr. Markt- heidenfeld)	376		Eltern		x	—	FB C
Niederlauer Nüdlingen	1881	Ferien/Bürgerm.	ca. 120 Frauen einige Männer	ca. 7	x	—	GA 11825
Rannungen	910	Lehrer	„Volk“		x	—	FB C
Reistenhausen	768		Frauen		x		GA 2424
Seifriedsburg	453	Lehrer	50–60 Ew., Soldat	ca. 12	x		Kümmert, Archivinventare RPB 186
		„unliebsame Vorkommnisse“					

Ort	Einw.- zahl	Entfern. (Verhäng.) wann – durch wen?	am Protest Beteiligte:		Ausgang:		Quellen:
			absolut	v. H.	Wieder- anbrin- gung	end- gült. Entf.	
Steinach/S. Suizbach/M.	784 1838	versuchte Entf., von Eltern verhindert	Pfarrer, Orts- bauernführer, Einw.		x	—	FB C GA 5378, 13929
Theilheim	1156	August/Lehrer	Pfarrer, ca. 50 Pers., v. a. Frauen	ca. 4,5	x	—	RPB 190, GA 1950, 16444 u. a.
Waldaschaff	2256	Ferien	„Demonstra- tion“ ca. 12 Frauen				Ebner 461 f, GA 2424 FB C, GA 3652 Nöth
Windheim (Lkr. Bad Kis- singen)	231						

Abkürzungen: *Archivinventare* (Widerstand und Verfolgung in Bayern, Archivinventare 5, München 1976, 200), *Broszat* (Broszat/Fröhlich/Wiesemann, Bayern in der NS-Zeit, 1, München–Wien 1977), *DAW* (Diözesanarchiv Würzburg), *Ebner* (R. Ebner, Maßnahmen der Nat.-soz. gegen den kath. Religionsunterricht in Unterfranken, in: Ein Streifzug durch Fränkens Vergangenheit, Bad Neustadt/S. 1982, 433–511), *FB* (DAW, Fragebögen von 1946 über ns. Maßnahmen gegen die Kirche in den einzelnen Pfarreien der Diözese Würzburg), *GA* (Gestapoakt, wenn nicht näher bestimmt: Staatsarchiv Würzburg, Gestapostelle Würzburg), *Kümmert* (Frdl. Mitteilung von Msgr. R. Kümmert, Eisingen); *Nöth* (Frdl. Mitteilung von Frau M. Nöth, Hammelburg), *RPB* (K. Wittstadt, Die kirchliche Lage in Bayern nach den Regierungspräsidentenberichten 1933–1943, VI: Regierungsbezirk Unterfranken 1933–1944, Mainz 1981).

Diese Abkürzungen werden auch im folgenden verwendet.

Prinzipiell war das Schulhaus Zielpunkt einer „Vorsprache“ oder „Demonstration“ eines Teiles der Einwohnerschaft, und zwar in der Mehrzahl von Frauen. Der Bürgermeister war dagegen nur in wenigen Fällen Anlaufstelle für die Beschwerden, wobei er entweder selbst an der Kreuzentfernung beteiligt war (Aura, Nüdlingen) oder als Vermittlungsinstanz fungierte (Eichelsbach, Kürnach, Teilheim). Einige Male wurde auch der Landrat angerufen bzw. er mußte „vermittelnd“ eingreifen, vor allem dann, wenn andere Instanzen (Bürgermeister, NSDAP-Funktionäre) sich verweigerten (Aura, Großheubach, Nüdlingen).

Daneben zeigen sich Grenzfälle zwischen öffentlichem und privatem Protest, etwa wenn einzelne Schüler Kreuze wieder an ihren Platz zurück- oder eigene mitbrachten⁶⁹, wobei sich in Großheubach eine größere Gruppe von Mitschülern mit den beiden Akteuren solidarisierte. In einem Fall meldet der Pfarrer lakonisch: „Schulkreuz an die Seite verhängt, vom Geistlichen wieder an die Stirnseite gehängt.“⁷⁰

⁶⁹ Hammelburg: hier war der Schüler bekannt, der Direktor ließ ihm sein im Progymnasium angebrachtes Kreuz durch die Post nach Hause schicken (Frdl. Mitteilung von Msgr. R. Kümmert, Eisingen); außerdem ging eine Frau, Barbara Klein (1910–1988), in die Wohnung des Grundschuldleiters und beschwerte sich massiv mit ähnlichen Argumenten wie in den großen Protestfällen (Frdl. Mitteilung von Frau A. Bethäuser und Frau L. Hirt, beide Hammelburg), Bad Bocklet (GA 3652): hier waren die Schüler zwei Angehörige der HJ.

⁷⁰ Pfarrer F. J. Hack (FB C, Oberelsbach). Vgl. auch FB C, Hörstein sowie FB C, Unterelsbach: „Entfernung des Schulkreuzes 1 Tag lang, in der alten der Kirche gehörigen Schule, aber auf persönliche Vorstellungen von gewisser Seite, wieder aufgehängt.“

Die Anzahl der Beteiligten, die sich nicht nur auf die Eltern von Schülern beschränkten, ist sehr unterschiedlich: sie schwankt zwischen wenigen Einzelpersonen und über 100 Demonstranten. Im Vergleich zu den jeweiligen Einwohnerzahlen sind das zumeist unter 10 Prozent, immer jedoch unter 20 Prozent der Ortsbevölkerung.

Da der Kruzifix-Erlaß geheimgehalten werden sollte, konnten sich die Lehrer auf keine schriftliche Anordnung berufen, was in der ersten Phase die Bevölkerung in der Annahme bestärkte, die Kreuzentfernung sei ein persönlich motivierter antikirchlicher Akt des Lehrers, oder ihnen wenigstens die Möglichkeit gab, diesen Akt als Gesetzesbruch anzuprangern.⁷¹ Dementsprechend war der Lehrer scharfen persönlichen Angriffen ausgesetzt.

Um ihrem Protest Nachdruck zu verleihen, behielten viele Eltern ihre Kinder daheim, d. h. sie solidarisierten sich im Schulstreik, oder sie drohten zum mindesten damit (Aura, Ebertshausen, Kürnach, Nüdingen, Sulzbach a. M.). Ebenso gab eine Reihe von Frauen ihre Mütterehrenkreuze zurück bzw. übte mit der Ankündigung der Rückgabe Druck aus (Ebertshausen, Gaubüttelbrunn, Theilheim).

Die wirksamste Drohung aber waren Erklärungen, daß die Ablieferungen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse eingestellt und die Angehörigen an der Front von dem „im eigenen Lande gezüchteten Bolschewismus“, den der Krieg doch beseitigen sollte, benachrichtigt würden.⁷² Hiermit waren in der Wirkung die Grenzen des lokalen Protestes überschritten, jetzt wurde die Angelegenheit nicht nur wegen der allgemein negativen Stimmung der Bevölkerung, sondern auch durch ihre Konsequenzen für die in der Kriegszeit fundamental wichtige landwirtschaftliche Produktion und die Kampfmoral der Frontsoldaten zu einem brisanten Politikum. Die scharfen Gegenmaßnahmen der Gestapo, etwa in Hendungen, wo durch 18 Einzelverhöre die Beteiligten gefügig gemacht wurden, zeigen, daß hier ein empfindlicher Nerv des Systems getroffen worden war. Die aus diesem Grunde angeordnete Postüberwachung für ganze Orte, mit der die befürchtete „Verhetzung“ von Frontsoldaten vereitelt werden sollte, war aber in diesen Dimensionen nicht durchführbar.⁷³

In den meisten der erfolgreichen Protestaktionen herrschte eine derart emotional geladene Atmosphäre, daß sich der Lehrer – teilweise buchstäblich – in die Ecke gedrängt sah und deshalb nachgab. Eine darauffolgende Berichterstattung veranlaßte in einigen Fällen aber genaue Untersuchungen durch die Gestapo, die z. B. eine mehrtägige Schutzhaft für Beteiligte (Allersheim), bei einem Pfarrer KZ-Haft in Dachau zur Folge hatten.⁷⁴

Insgesamt scheinen fast alle Protestaktionen erfolgreich gewesen zu sein, auch wenn darüber nicht immer genaue Angaben vorliegen.⁷⁵ Nur in einigen Fällen ist ein Scheitern bekannt. Am auffälligsten ist dies in Großheubach, wo über 100 Personen vor dem Rathaus demonstrierten, Schüler versuchten, die Kreuze wieder anzubringen, eine Delegation von Soldaten (verwundet bzw. im Urlaub) beim Landrat vorsprach und dennoch kein Erfolg verzeichnet werden konnte.

⁷¹ Hendungen, Sulzbach a. M., Theilheim, Gefäll (GA 16661), allgemeine Beobachtung in: SD-Berichte 33, 29f.

⁷² Nüdingen, Eichelsbach, Hendungen.

⁷³ GA 2424 (Eichelsbach, Waldaschaff).

⁷⁴ Es handelt sich hier um Pfarrer Konrad Weigand von Hendungen, der in einer Predigt die Bevölkerung zur Unterstützung beim Versuch der Wiederanbringung der Schulkreuze gebeten hatte. Hier fand eine größere Demonstration erst statt, als der Pfarrer deswegen am 21. Juli in Schutzhaft genommen wurde. In Dachau war Weigand vom 19. 9. 1941 bis 7. 1. 1942, außerdem erhielt er am 27. 9. 1941 Schulverbot (GA 16724, FB A).

⁷⁵ Es lag ja nicht im Interesse der nationalsozialistischen Berichtersteller, den Erfolg der Proteste zuzugeben. So ist z. B. im Fall Eichelsbach der Gestapobericht detailliert (mit Angabe, daß das Kreuz wieder angebracht worden sei), während im diesbezüglichen SD-Bericht nur das Verhalten der Bevölkerung geschildert und dafür mögliche Gründe gesucht werden.

Gewöhnlich hielten die Einwohner im Zusammenhang der Protestaktionen Bitt- bzw. Dankandachten, brachten das Kreuz in einer Prozession zur Kirche oder, wenn sie erfolgreich waren, in die Schule und sangen häufig das Lied „O heiliges Kreuz sei uns gegrüßt“.

Völlig unabhängig davon schaltete sich auch eine Widerstandsgruppe aus Würzburg in die Proteste ein.⁷⁶ Im Monatsbericht des Regierungspräsidenten für Oktober findet sich der Text eines Flugblattes, der von ihr „nahezu im ganzen Regierungsbezirk“ verteilt wurde:

Christliches Volk, wach auf! Der braune Bolschewismus ist in Deutschland am Werk, die christlichen Kirchen zu vernichten. Führe den heiligen Kampf für Christus und sein Reich! Geht in die Schulen und sorgt dafür, daß auch in Zukunft Eure Kinder unter dem Kreuz erzogen werden. Denn nur im Kreuz ist Heil! Christus wird in Deutschland siegen.⁷⁷

Es gibt jedoch keinerlei Hinweise, inwieweit einzelne Protestaktionen dadurch beeinflusst wurden.

Zum Hintergrund der Proteste

Zunächst ist auffällig, daß sich alle bekannten *Konflikte im lokalen Rahmen* abspielten. Bei den Orten in Übersicht 1 liegen die Einwohnerzahlen zwischen 231 und 2530. Aus den größeren Städten Unterfrankens – Würzburg, Aschaffenburg, Schweinfurt sowie den Landkreissitzen – liegen keine Informationen etwa über Demonstrationen vor. An einer Aschaffener Grundschule hängte der Leiter nach einer Teilrenovierung die Kreuze nicht wieder auf, da das Wiederanbringen nach einer Renovierung verboten sei, und entfernte aus Gründen der Gleichheit auch die übrigen. Hier wie in der ganzen Stadt regte sich nach Aussage von Weihbischof Alfons Kempf, damals Stadtjugendseelsorger, kein öffentlicher Protest. Dabei seien im genannten Beispiel sowohl der Schulleiter als auch überwiegend die Lehrer religiös oder kirchenfreundlich eingestellt gewesen.⁷⁸

⁷⁶ Zentrale Figuren dieser Gruppe sind Oskar Neisinger und Ludwig Altenhöfer. Vor allem Neisinger stand im Zentrum der verbotenen kirchlichen Jugendarbeit in der Stadt Würzburg, in der im Krieg immerhin etwa 2000 Jugendliche und junge Erwachsene organisiert waren (Diözesanarchiv Würzburg, Nachlaß O. Neisinger 1.1.8.b). In regelmäßigen Führerschulungen, deren Konzepte zum Teil noch erhalten sind (ebd. 1.1.7.a), arbeitete er an der theoretischen Grundlegung der Ablehnung des Nationalsozialismus und deren Verbreitung. Zusammen mit fünf jungen Männern entwarf und verteilte er ca. 15 gegen Krieg, Kirchenverfolgung und Judenvernichtung gerichtete Flugblätter in ganz Unterfranken sowie teilweise in Frankfurt/M. und München. Kurz vor Kriegsende konnte Neisinger knapp der Hinrichtung entgehen. (Vgl. dazu O. Neisinger, Flugblätter. Katholische Jugend im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Würzburg 1982, 92–97, 111 f.; L. Lemhöfer, Blaue Blume und braune Diktatur. Die katholische Jugend auf der Suche nach dem anderen Reich, in: Katholische Kirche und NS-Staat. Aus der Vergangenheit lernen? Hg. von M. Kringels-Kemen u. L. Lemhöfer, Frankfurt/M. 1982, 33–60, hier 38, 42–44, sowie den genannten Nachlaß Neisingers). Eine eingehende Untersuchung der Aktivitäten dieser Gruppe und ihres Umfeldes steht noch aus.

⁷⁷ Wittstadt (Anm. 44) 193. Die Gestapo ermittelte im Juni 1941 in Gaukönigshofen aufgrund von Flugblättern bezüglich der Kreuzentfernungen (GA 6677, vgl. Staatsarchiv Würzburg. Sammlung Schumacher 29/3 [88]), ebenso in Kleinwallstadt, wo Plakate zum Boykott des Winterhilfswerkes aufriefen (GA 5378).

⁷⁸ Gespräch mit Weihbischof Kempf am 10. 10. 1989. Über die Reaktion in der Schule berichtet Kempf: Auf seine Frage, was zu tun sei, antwortete ein Mädchen, sie sollten ein neues Kreuz mitbringen. Kempf versprach, dies zu übernehmen und fragte weiter. Darauf meinte das Mädchen, man könne ein Kreuz an die Tafel malen, was es dann auch ausführen durfte. Auf die erneuerte Frage erklärte es schließlich: „Wir machen ein Kreuz über uns.“ – An diesem Beispiel erläuterte Kempf, daß die Kreuzentfernungen wie die anderen antikirchlichen Maßnahmen Anlaß für ein vertieftes Nachdenken über äußere Glaubensvoll-

Demnach spielte die Struktur des jeweiligen Schulortes als Vorbedingung für das Entstehen von Aktionen eine wichtige Rolle. Ein Grund hierfür dürfte die Überschaubarkeit des Handlungsraumes sein, der in den ländlich geprägten Orten, wo praktisch jeder jeden kannte, gegeben war, während in den differenziert strukturierten größeren Städten mit größerer Fluktuation kein einheitliches Beziehungsnetz bestand.⁷⁹ Weitere Strukturmerkmale sollen anhand der folgenden Übersichten erarbeitet werden.

Übersicht 2: Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung am 17. 5. 1939 und Wahlergebnisse vom 5. 3. 1933 (in %)

Orte	Kath.	NSDAP	BVP	SPD	KPD	Sonstige
Allersheim	97,83	38,80	55,74	0,00	0,00	5,46
Amorbach	88,12	26,63	45,21	14,91	9,08	4,16
Aura i. S.	98,84	15,31	54,85	20,15	5,87	3,83
Ebertshausen	100,00	12,15	87,85	0,00	0,00	0,00
Eckartshausen	99,66	23,03	75,00	1,97	0,00	0,00
Eibelstadt	95,59	21,02	41,13	28,38	6,70	2,76
Eichelsbach	100,00	18,60	78,85	1,28	0,00	1,28
Erlenbach a. M.	90,74	15,51	52,78	21,25	5,90	4,55
Eßfeld	98,38	27,18	68,93	0,65	1,94	1,29
Gaubüttelbrunn	95,97	17,96	76,21	1,46	0,00	4,37
Gerach	96,93	26,50	57,26	15,10	0,28	0,85
Großeheubach	97,87	17,04	49,95	19,13	12,60	1,26
Hendungen	99,09	12,38	87,14	0,49	0,00	0,00
Holzkirchhausen	93,62	19,16	51,87	0,47	0,00	28,50*
Kürnach	99,53	5,71	86,07	3,75	3,04	1,43
Neubrunn	99,51	51,93	41,29	1,54	0,00	5,24
Niederlauer	99,47	4,39	85,37	6,83	3,41	0,00
Nüdlingen	98,62	12,96	55,28	18,89	12,06	0,80
Rannungen	99,78	4,96	93,39	0,62	0,00	1,03
Reistenhausen	96,74	7,71	50,96	36,91	1,65	2,75
Seifriedsburg	95,81	17,16	76,12	4,10	2,24	0,37
Steinach/S.	97,32	50,00	37,88	5,96	4,81	1,35
Sulzbach a. M.	98,91	21,83	66,13	8,56	1,99	1,49
Theilheim	98,96	15,59	57,03	15,59	10,84	0,95
Waldaschaff	98,76	10,38	31,85	26,18	30,88	0,71
Windheim	100,00	17,50	80,83	0,83	0,00	0,83
Durchschnitt	97,54	19,67	63,27	9,81	4,36	2,89
Maximum	100,00	51,93	93,39	36,91	30,88	28,50
Minimum	88,12	4,39	31,85	0,00	0,00	0,00
Mainfranken	80,46	33,90	43,60	13,40	4,50	4,60
Bayern	69,68	43,10	27,20	15,50	6,30	7,90
Deutsches Reich		43,90	14,00	18,30	12,30	11,50

* Bayerische Bauern- und Mittelstandspartei

Grundlagen: Beiträge zur Statistik Bayerns 132/7, München 1943. Schweinfurter Volksblatt vom 6. 3. 1933.

züge waren. Laut Auskunft von Herrn B. Schäffer (Würzburg), zu dieser Zeit in der katholischen Jugendarbeit aktiv, entstand auch in Würzburg trotz allgemeiner Empörung kein öffentlicher Protest. Dieses Ergebnis läßt z. B. eine Untersuchung der Ereignisse in Regensburg besonders interessant erscheinen, da hier etwa 1000 Frauen demonstrierten. Vgl. Ziegler (Anm. 12) 297 m. Anm. 4.

⁷⁹ Vgl. Kuropka (Anm. 11) 52, der die kleinräumigen Verhältnisse und das dichte Netz sozialer Beziehungen als günstige Voraussetzungen für den Protest im Oldenburger Land bezeichnet.

Bezüglich der *Konfessionsverteilung* ist festzustellen, daß die Bevölkerung in den aufgeführten Orten generell fast rein katholisch war. Die Werte betragen durchschnittlich 98 Prozent, und überall liegen sie deutlich über dem mainfränkischen Durchschnitt von 80 Prozent. Das bestätigt auch, daß es sich bei der Schulkreuzaffäre um einen Konflikt zwischen Nationalsozialismus und *katholischer Kirche* handelt. Es macht augenfällig klar, daß nicht nur die Protestierenden Katholiken waren, sondern daß darüber hinaus der Katholizismus ihre ganze Umgebung prägte.

Dagegen ist der Befund beim *politischen Hintergrund* differenzierter. Nimmt man die Wahl vom 5. März 1933 als Indiz dafür, wie sehr die Wähler gegenüber dem siegreichen und hoffnungsversprechenden Nationalsozialismus immun waren bzw. wie sehr sie ihren traditionellen Parteien die Treue hielten, so wird klar ersichtlich, daß zu Beginn des Dritten Reiches in den untersuchten Gemeinden die NSDAP im allgemeinen weit unter dem Reichs- wie Regierungsbezirkdurchschnitt liegende Ergebnisse erhielt. Dominierend war hier weiterhin die Bayerische Volkspartei. Die übrigen Parteien lagen zumeist deutlich unter den Stimmenanteilen auf der regionalen bzw. Reichsebene. Einige eklatante Ausnahmen, etwa in Reistenhausen mit 37 Prozent und in Eibelstadt mit 28 Prozent SPD-Anteilen, oder in Waldaschaff, wo die KPD 31 Prozent errang, bestätigen jedoch eindeutig, daß trotz der allgemeinen Tendenz zur BVP keineswegs überall eine klare politische Strömung vorherrschte.

Diese Beobachtungen treffen sich mit den Aussagen in den Quellen zu konkreten Konfliktfällen. So stellt der Ortsgeistliche von Eibelstadt, Pfarrer Dr. Nikolaus Gengler, fest, „... daß hier, abgesehen von wenigen, der Nationalsozialismus nicht sehr in Blüte stand, besondere Fälle von Unterdrückungen, Verhaftungen oder Fortbringen in Konzentrationslager sind nicht vorgekommen.“ Vielmehr war Eibelstadt der NS-Hochburg Sommerhausen (am 5. 3. 1933 79 Prozent NSDAP) zugeordnet und wurde „... von dort aus kommandiert, geführt, gedrückt“.⁸⁰ Ebenso werden die kommunistischen Einflüsse in Waldaschaff in der Gestapoakte des dortigen Pfarrers Andreas Nötscher erwähnt.⁸¹

Stärker noch als die Immunität gegenüber dem Nationalsozialismus an sich ist in den betreffenden Orten die *rigorose Ablehnung und Mißachtung der nationalsozialistischen Kirchenpolitik* erkennbar. Dies betraf nicht nur die Einwohnerschaft generell, sondern gerade auch örtliche Funktionäre. So hatte etwa der Bürgermeister von Aura ein „intimes“ Verhältnis zum Kaplan Ludwig Billmeier. Er nahm nicht nur offiziell an den kirchlichen Prozessionen teil, sondern stimmte – angeblich, um das Vertrauen der Gemeinde nicht zu verlieren – z. B. auch für die Konfessionsschule. Der dortige SA-Führer schob für seine Beteiligung an den Prozessionen und für seine Stimmabgabe für die Konfessionsschule geschäftliche Interessen vor.⁸² Ähnlich zu interpretieren ist die Rolle von Bürgermeistern und Ortsbauernführern, die sich an Protestaktionen beteiligten bzw. auf ihren erfolgreichen Ausgang einwirkten, so in Eichelsbach, Hendungen (hier setzte sich der 2. Beigeordnete der NSDAP für den inhaftierten Pfarrer ein, der Bürgermeister deckte ihn bei der Vernehmung), Kürnach, Theilheim und Waldaschaff.

Die Haltung der Bevölkerung in kirchlichen Angelegenheiten wird besonders deutlich in ihrem Verhältnis zum Ortsgeistlichen. So erfolgte schließlich die Demonstration in Hendungen nicht wegen der Schulkreuze, sondern um den Pfarrer zu retten. In Nüdlingen gab es zwar einen sehr aktiven Ortsgruppenleiter, doch

⁸⁰ Diözesanarchiv Würzburg, Bericht von Pfarrer Gengler über Kriegereignisse 1945 vom 21. 6. 1945, 3. An dieser Stelle sei Herrn Diözesanarchivar Soder und Herrn Archivrat Dr. Kandler herzlich gedankt, die mich auf diese und ähnliche versteckte Quellen aufmerksam machten und mir mit allgemeinen Hinweisen weiterhalfen.

⁸¹ GA 8770.

⁸² GA 5709, vgl. 5714.

konnte er den Einfluß von Pfarrer Wilhelm Zufraß, der seit der Machtergreifung konstant gegen die Partei polemisierte, nicht brechen. Die bäuerliche Bevölkerung gehorchte ihm „blindlings“, noch 1940 wird gemeldet, „...daß 90 Prozent der Gemeinde sich nicht trauen, gegen ihn vorzugehen“.⁸³ In Theilheim bedeutete der Einfluß des Pfarrers Adam Hetterich 1941 in den Augen seiner Gegner eine „Gefahr für die Jugend“, denn er „...drillt sie täglich im Kirchgang, ...läßt Jugendliche Blasmusik lernen, weiht den Kindern Kreuze, die sie als Halsschmuck tragen...“ und hetzte die Einwohner bei Hausbesuchen auf.⁸⁴ Pfarrer Andreas Nötscher in Waldaschaff stellte sich antikirchlichen Maßnahmen „hartnäckig entgegen“⁸⁵ und legte ein hetzerisches Verhalten an den Tag. Dennoch standen der Politische Leiter, Parteimitglieder und SS-Männer „in engster Fühlung“ zu ihm, und die Bevölkerung war fast ausnahmslos auf seiner Seite. Das ging soweit, daß er wegen fehlender „Vertrauensleute“ nur sehr schwer überwacht werden konnte. Auch war der Bürgermeister dem agilen Pfarrer in keinster Weise gewachsen.⁸⁶ Ein Blick in die Kartei über verfolgte Priester im Dritten Reich im Diözesanarchiv Würzburg läßt durchweg Spannungen der zuständigen Geistlichen in den untersuchten Orten mit dem Regime erkennen.

Der Fall Allersheim kann diese Beobachtungen quasi als Negativbeispiel ergänzen. Hier war zwar eine katholische Basis im Ort vorhanden, es fehlte jedoch der enge Zusammenhalt in der Bevölkerung und zwischen dieser und dem Pfarrer. Die Stellung von Pfarrer Andreas Hetzler, dem am 14. 12. 1939 Schulverbot erteilt worden war, wurde durch die Kooperation eines Nachbarpfarrers mit den Behörden zusätzlich erschwert. Der Protest gegen die im Mai erfolgte Schulkreuzentfernung kam erst im Oktober zustande, nachdem einige Frauen ihre Männer als Feiglinge beschimpft hatten, weil in anderen Orten schon längst das Kreuz wieder angebracht worden sei. Von den acht Männern, die den Lehrer schließlich zur Wiederanbringung bewegen konnten, wurden fünf für ein bzw. drei Tage in Schutzhaft genommen, davon vier einstweilen aus der Partei ausgeschlossen und zwei ihres Postens als Gemeinderat enthoben: All diese Fakten zeigen die mangelnde Geschlossenheit und breite Absicherung der Protestaktion.⁸⁷

Die Ereignisse in Großheubach machen noch deutlicher, daß die Kreuze auf lokaler Ebene nicht wieder angebracht wurden, wenn Lehrer und Bürgermeister unachgiebig waren und nicht unter Druck gesetzt werden konnten.

Die enge Verbindung zwischen dem Pfarrer einerseits und der Bevölkerung und örtlichen Amtsträgern andererseits entsprach ganz der Strategie der Diözesanleitung. In einem Informationsblatt vom Mai 1941 wird dies im einzelnen ausgeführt:

Jeder Pfarrer soll sich darum bemühen, daß die Gemeinde zu ihm hält. In vielen Gemeinden ist es den Pfarrern gelungen, auch bei den Bürgermeistern und Ortsgruppenleitern eine gewisse Autorität und Sympathie sich zu sichern, ohne daß sie die Sache der Kirche verraten und preisgeben. Das ist das Ideal...⁸⁸

Die Untersuchung des strukturellen Hintergrunds in den Gemeinden mit öffentlichen Protesten soll mit einer dritten Übersicht abgeschlossen werden, in der die berufliche Gliederung der Bevölkerung aufgeschlüsselt wird.

⁸³ GA 18083.

⁸⁴ GA 1404.

⁸⁵ Diözesanarchiv Würzburg, GA K 2, 3d, Schr. v. 5. 9. 1939.

⁸⁶ GA 8770. Zu Nötscher s. ausführlicher K. Wittstadt, Kirche im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Christliche Glaubenshaltung im Dritten Reich nach Regierungspräsidentenberichten und Gestapoakten, in: Würzburger Diözesangeschichtsblätter 37/38 (1975) 627–656, hier 645–656.

⁸⁷ GA 3521, 1433.

⁸⁸ Diözesanarchiv Würzburg, Dekanatsarchiv Hammelburg K 6.

Übersicht 3: Berufliche Gliederung der Bevölkerung am 17. 5. 1939 (in %)

Orte	Land- und Forstwirtschaft	Industrie und Handwerk	Handel und Verkehr	Öffentl. Dienst und priv. Dienstleist.	Häusliche Dienste	Selbstständige Berufslose
Allersheim	60,99	25,70	1,24	4,95	1,24	5,88
Amorbach	15,91	40,62	13,86	10,01	3,84	15,66
Aura i. S.	63,38	20,74	3,13	2,55	0,70	9,50
Ebertshausen	82,90	5,16	1,94	3,55	0,32	6,13
Eckartshausen	30,34	58,80	1,87	1,50	0,00	7,49
Eibelsstadt	34,24	48,74	6,58	3,50	0,63	6,30
Eichelsbach	83,33	13,33	2,22	0,37	0,00	0,74
Erlenbach a. M.	18,00	69,19	5,12	2,89	0,99	3,81
Eßfeld	62,19	18,82	3,41	7,89	0,72	6,99
Gaubüttelbrunn	55,92	30,98	4,79	3,53	0,50	4,28
Gerach	43,86	41,66	4,97	1,61	0,15	7,75
Großheubach	33,53	48,26	6,89	2,94	0,38	8,00
Hendungen	74,96	14,87	1,21	2,28	0,00	6,68
Holz Kirchhausen	86,38	6,38	0,87	2,61	0,58	3,19
Kürnach	62,26	18,45	10,72	2,80	0,19	5,59
Neubrunn	63,68	26,47	2,61	2,85	0,73	3,66
Niederlauer	68,62	19,95	2,93	1,06	0,00	7,45
Nüdlingen	34,08	43,27	9,30	5,23	1,22	6,91
Rannungen	66,26	17,03	2,97	10,77	0,44	2,53
Reistenhausen	30,47	36,72	19,40	2,73	0,91	9,77
Seifriedsburg	62,69	18,76	4,64	3,97	1,32	8,61
Steinach/S.	32,78	47,83	4,59	5,10	1,28	8,42
Sulzbach a. M.	23,88	60,17	7,24	3,16	1,85	3,70
Theilheim	44,72	41,52	6,31	2,25	0,69	4,50
Waldaschaff	21,41	59,97	4,79	2,93	0,53	10,37
Windheim	84,85	9,09	0,87	2,16	0,43	2,60
Durchschnitt	51,60	32,40	5,17	3,66	0,76	6,40
Minimum	15,91	5,16	0,87	0,37	0,00	0,74
Maximum	86,38	69,19	19,40	10,77	3,94	15,66
	56,53		2,59			
	96,66		27,81			
Mainfranken	32,39	35,34	11,82	9,00	1,52	9,94
Bayern	27,17	36,15	13,55	9,38	1,77	11,98

Grundlage: Beiträge zur Statistik Bayerns 132/7, München 1943.

Die Übersicht vermittelt die Merkmale einer wenig differenzierten Beschäftigungsstruktur mit einer hohen Konzentration auf den erzeugenden und verarbeitenden Bereich. Der Dienstleistungssektor, dem hier die Spalten 3 bis 5 zuzuordnen sind, liegt mit wenigen Ausnahmen erheblich unter den Vergleichswerten von Unterfranken und Bayern. Dies bestätigt die eingangs festgestellte Beschränkung auf ländliche, überschaubare Bereiche und präzisiert sie in bezug auf eine geringe Ausdifferenzierung der wirtschaftlichen Struktur.

Wichtiger ist jedoch die Beobachtung, daß in diesen Gemeinden nicht überall die Landwirtschaft vorherrschte, sondern ein Teil von ihnen stärker dem Bereich „Industrie und Handwerk“ zuzurechnen ist. Im Fall Waldaschaff handelt es sich z. B. um ein „ausgesprochenes ländliches Arbeiterdorf, dessen Bewohner zum größten Teil außerhalb der Gemeinde ihr Brot finden“.⁸⁹ Der von Kuropka vermutete Zu-

⁸⁹ GA 8770.

sammenhang zwischen wirtschaftlicher Unabhängigkeit (Landwirtschaft) und Intensität des Protestes in Oldenburg⁹⁰ läßt sich so zumindest vom Umfeld der Proteste her in Unterfranken nicht belegen.

Dies leitet nun über auf die *Frage nach den Trägern des Protestes*. Dafür kamen natürlich in erster Linie die Eltern von Schulkindern in Frage, auch wenn sie sich nicht immer darauf beschränkten. Allein die Drohung der Beteiligten mit Schulstreik und Rückgabe von Mütterehrenkreuzen bestätigt die zentrale Rolle dieser Gruppe.

Außerdem fällt auf, daß in vielen Fällen die überwiegende Mehrzahl der Demonstrierenden aus Frauen bestand. Diese werden in allgemeinen Berichten⁹¹, aber auch in konkreten Konfliktfällen⁹², als die eigentlichen Trägerinnen des traditionellen Kirchenlebens bezeichnet, die ihrem Glauben stärkeren Ausdruck gaben als ihre Männer, auch wenn diese sich durchaus als linientreue Katholiken betrachteten.

Natürlich waren schon aufgrund der Einberufungen zur Wehrmacht die Frauen zahlenmäßig stärker vertreten, doch scheint es, daß die engere Beziehung zu den äußeren Glaubensvollzügen für diese Frauen auch eine vergleichsweise höhere Bedeutung des Kreuzsymbolos bewirkte. In Gaubüttelbrunn hatten beispielsweise am 2. Juli 35 Frauen, von denen 27 ihre Mütterehrenkreuze zurückgaben, in der Schule die Auslieferung des zwei Tage zuvor entfernten Kreuzes verlangt, dieses in die Kirche gebracht und eine Andacht zu den fünf Wunden Jesu am Kreuz abgehalten. Nach den Ferien brachten 23 Männer das Kreuz im Anschluß an den Gottesdienst in einer feierlichen Prozession wieder in die Schule zurück und sangen dort das Lied „O heiliges Kreuz sei uns begrüßt“. Als den Anstoß zu diesem Vorgehen bezeichneten sie das Vorbild ihrer Frauen, denen sie nicht nachstehen wollten. Das bedeutet, daß der spontane Protest in diesem Fall ganz allein von Frauen getragen wurde, während die Männer erst nach einer längeren Zeit der Reflexion aktiv wurden.

Dieser Gesichtspunkt beinhaltet zugleich ein wesentliches Element der *treibenden Motivationen* zum Protest: Das Kreuz war schlechthin das Symbol für das Christentum, wurde als solches vom Lehramt verkündet und von den Gläubigen auch so verstanden.⁹³ Es liegt nun nahe, daß gerade einfacheren Gemütern erst anhand der Kreuzentfernungen wirklich bewußt wurde, daß es dem Nationalsozialismus um die Ausrottung des christlichen Glaubens im öffentlichen Leben ging, und daß sie deshalb in einer spontanen und emotional geprägten Reaktion ihrer Enttäuschung und Verbitterung Ausdruck gaben. Dieser Aspekt ist sicher nicht völlig auszuschließen, dennoch würde er die Fähigkeit der Bevölkerung zur Einschätzung der kirchenpolitischen Lage weit unterbewerten.

Die Argumentation, daß der Führer und die Bewegung als solche dem christlichen Glauben positiv gegenüberständen, wurde, wenn überhaupt, so doch 1941 längst nicht mehr mit innerer Überzeugung vorgetragen. Sie war vielmehr ein Mittel der kirchlichen Selbstverteidigung, das gerade die Kirchenleitung und der Klerus propagierten.⁹⁴ In Bayern hatten die Gläubigen die Einführung der Gemeinschafts-

⁹⁰ Kuropka (Anm. 11) 35.

⁹¹ Vgl. z. B. Staatsarchiv Würzburg, SD-Hauptaußenstelle Würzburg 33, 47.

⁹² Symptomatisch ist etwa die Aussage des Bürgermeisters von Hendungen: „Die Männer und die jüngere Generation ist heute nicht mehr so streng religiös, wohl aber kann man sagen, daß sie insgesamt noch sehr gut katholisch sind. Anders verhält es sich bei den älteren Frauen. ...“ (GA 16724).

⁹³ Vgl. z. B. die Hirtenbriefe des Würzburger Bischofs Ehrenfried: „Simon von Cyrene. Der Segen des aufgezwungenen Kreuzes“ 1939 oder „Das Kreuz des Herrn, unser Kampf und Siegeszeichen“ 1940. Einzelne entsprechende Zitate bei Witstadt (Anm. 33) 211f. Eine ausführlichere Interpretation liefert: M. Reinhard-Duen, Religionssoziologische Überlegungen zur Deutung des Kreuzkampfes, in: Kuropka (Anm. 5) 286–296.

⁹⁴ So in der Eingabe vom 26. 7. 1941 (Anm. 49), oder bei Pfarrer Weigand (Hendungen) in seiner Predigt, daß der Führer die Kreuzentfernungen nicht wolle, „... denn er selbst hat bei

schule 1937/38 als Angriff auf das Christentum verstanden, sonst hätten sie nicht allen Repressalien zum Trotz in so überzeugender Mehrheit für die Bekenntnisschule gestimmt.⁹⁵ Wenn sie die Auflösung der kirchlichen Vereine nicht als glaubensfeindlich verstanden hätten, warum engagierten sie sich entgegen strikten Verboten und Strafandrohungen weiterhin in diesen?⁹⁶

Die Frage, warum ausgerechnet bei den Schulkreuzentfernungen ein so großer Protest im Gegensatz zum sonstigen Verhalten zustandekam, gewinnt zusätzliche Brisanz durch eine Äußerung des Passauer Generalvikars Riemer. Dieser meinte, als nach dem Scheitern des Kruzifix-Erlasses die Taktik in die Ausweitung der Schulverbote für die Geistlichen verlagert wurde: Hier müsse sich „... die christliche Elternschaft noch viel heftiger wehren als gegen die Entfernung der Schulkreuze, denn da handelt es sich doch wirklich um die Frage des Fortbestandes oder der Vernichtung des christlichen Glaubens im Volke.“⁹⁷ Tatsächlich gibt es aber in diesem Fall keinerlei Anzeichen von nur einigermaßen vergleichbaren Protesten.

Dies führt konsequenterweise zu der Überlegung, daß die Voraussetzungen z. B. im Vergleich der Schulkreuzentfernungen und der Schulverbote völlig verschieden waren. Die Kreuzbeseitigung demonstrierte den längst erkannten Willen des Regimes, das Christentum im öffentlichen Leben zu vernichten. Die Schulverbote gefährdeten de facto die religiöse Erziehung der Kinder und waren daher die eigentlich wirksamere Maßnahme. Aber wo konnten die Einwohner einer Gemeinde mit Sinn für die Realität einigermaßen effektiv gegen ein Schulverbot für ihren Geistlichen vorgehen, ohne ihn aufs höchste zu gefährden? Beim Kreuz handelte es sich um einen Gegenstand: hier konnte man die Lehrkraft vor Ort dazu bringen, es wieder aufzuhängen, gerade dann, wenn dieser Lehrer in der Gemeinde relativ isoliert dastand. Die Entscheidung, ob ein Geistlicher Unterricht erteilen durfte oder ob aus einer Bekenntnis- eine Gemeinschaftsschule wurde, fiel andernorts, und man konnte im lokalen Rahmen kaum im Wortsinne „handgreiflich“ etwas dagegen ausrichten. Die Schulkreuzaffäre selbst illustriert diese Unterschiede zwischen den jeweiligen Möglichkeiten, sich erfolgreich einer Maßnahme zu widersetzen: Der Erlass Wagners, der in der Rezeption sehr schnell auf das Kruzifix verengt wurde, hatte genauso die Abschaffung des Schulgebets zur Folge. Aber wie sollte man dessen weitere Einhaltung praktisch einklagen?

Faßt man diese Beobachtungen zusammen, so erscheinen die Motive der Protestierenden und die Art ihres Vorgehens viel klarer. Die Kreuzentfernung war durch die Diskrepanz zwischen der Geringfügigkeit der eigentlichen Handlung und der andererseits damit verbundenen symbolischen Aussage eine ungeheure Provokation für jeden praktizierenden Katholiken. In den ersten Monaten herrschte jeweils die Meinung vor, es handle sich dabei um den Willkürakt eines profilsüchtigen örtlichen Parteifunktionärs, mit dem allgemeinen Bekanntwerden der zentralen Anordnung verbreitete sich gleichzeitig die Kenntnis von erfolgreichen Protestaktionen in einzelnen Orten.⁹⁸ Die Art der Durchführung des Kruzifix-Erlasses führte also in der Praxis dazu, daß sich daraus lokale Auseinandersetzungen entwickelten.

Aus der in ganz Bayern festgestellten allgemeinen Unruhe und Verbitterung resultierte nicht zwangsläufig ein öffentlicher Protest. Vielmehr mußte gewöhnlich

Beginn des Kampfes gegen die Bolschewisten in seiner Rede zweimal den Herrgott um Hilfe gebeten. Er will deshalb sicher auch nicht, daß der Herrgott verdrängt werde.“ Wer dies tue, falle folglich dem Führer selbst in den Rücken! (GA 16724, vgl. Anm. 74).

⁹⁵ Vgl. dazu Kleinöder (Anm. 1) und für Würzburg Anm. 31.

⁹⁶ Vgl. für Unterfranken generell: B. Zittel, Formen und Motive des kirchlichen Widerstandes im Dritten Reich aus der Sicht der Geheimberichte des Regierungspräsidenten von Unterfranken, in: Würzburger Diözesangeschichtsblätter 37/38 (1975) 601–625.

⁹⁷ Riemer an Faulhaber, 21. 11. 1941: Volk (Anm. 37) 846 f.

⁹⁸ Dies wirkte vorbildhaft auf andere Proteste ein, so in Allersheim, Eichelsbach, Großheubach, Windheim.

eine Reihe von Voraussetzungen zusammentreffen, deren Ergebnis eine Konstellation in der betreffenden Gemeinde war, in der einem aktiven Geistlichen die große Mehrheit der Einwohner zur Seite stand und die örtlichen Amtsträger zumindest teilweise durch Überzeugung, Geschäftsinteresse oder Angst vor Vertrauensverlust im kirchlichen Leben integriert waren oder doch eine Haltung wohlwollender Neutralität einnahmen bzw. dem Pfarrer rein geistig nicht gewachsen waren. Konnten auf diese Weise einige wenige überzeugte Nationalsozialisten ausgegrenzt werden, so war der atmosphärische Rückhalt für eine laute und erfolgreiche Meinungsäußerung gegeben. Gab es überhaupt niemanden, der dem katholischen Block gegenüberstand, dann fand auch kein Konflikt um das Kreuz statt.

Dies weist den Geistlichen eine Schlüsselposition auch für die Schulkreuzaffäre zu. Nur bei einem kleinen Teil der Konfliktfälle ist eine kämpferische Stellungnahme von ihnen bekannt: bei Pfarrer Ferdinand Friedrich, der am 16. Juni wegen angeblicher Verhetzung der Massen bei Abnahme des Kreuzes in der Schule verhört und verwarnet wurde⁹⁹, in Hendungen, Theilheim (wo das katholische Lager so stark war, daß sich der Pfarrer ungestraft öffentlich äußern konnte), in Sulzbach, wo sich Pfarrer Schwarz beim Bürgermeister beschwerte, aber beim Einschreiten der Gestapo jede Opposition abtritt. Gewöhnlich konnte sich ein Geistlicher nicht derart exponieren, da er ständig überwacht und eine Handhabe gegen ihn gesucht wurde. Seine Bedeutung besteht im Aufbau bzw. der Stärkung der geschilderten Gemeindestruktur und in der theoretischen Grundlegung der Abwehr der nationalsozialistischen Maßnahmen.¹⁰⁰ Die Beispiele, in denen Gemeinden ihre anderweit unter Beschuß stehenden Priester bewußt aus den eigentlichen Auseinandersetzungen heraushielten (Nüdlingen, Gaubüttelbrunn), machen deutlich, daß die Leute die Problematik einer wirksamen und im Blick auf die damit verbundenen Gefahren realistischen Gegenwehr kannten.

Es wäre sicherlich übertrieben, wollte man diese strukturellen und rationalen Argumente zur alleinigen Triebfeder der Beschwerdeführenden erheben, möglicherweise waren sie diesen selbst nicht einmal bewußt. Der Symbolakt der Kreuzbeseitigung setzte genauso tiefsitzende Emotionen frei, die lange bestehende Gegensätze zur Eskalation treiben konnten. So fiel in Nüdlingen die Verlesung des Hirtenbriefes der bayerischen Bischöfe am 17. August mit der Nachricht von sieben Kriegstoten aus dem Ort zusammen, was die erregten Gemüter noch mehr aufheizte, so daß von daher die nach erfolglosem örtlichen Protest vollzogene Beschwerdeführung von 120 Frauen beim Landrat verständlicher wird.

Dennoch ergibt sich als Quintessenz, daß die Proteste gegen die Schulkreuzentfernungen im Prinzip genauso ein Agieren an der Grenze des vom Staat notgedrungen zugestandenen Freiraumes waren wie die Nichtachtung staatlicher Verbote, etwa in bezug auf die Gottesdienstfeier, das Flaggen und den Kirchenschmuck an kirchlichen Feiertagen. Dies mag die Proteste in einem weniger heroischen Licht erscheinen lassen, als man zunächst vielleicht annehmen könnte, es wertet aber auch die anderen Ausdrucksformen der Ablehnung von kirchenpolitischen Maßnahmen des Regimes auf. Sie alle erforderten mehr oder weniger den persönlichen Mut des einzelnen, ein zwar kalkulierbares, aber dennoch bestehendes Risiko von Repressa-

⁹⁹ FB A.

¹⁰⁰ Ein diesbezügliches Beispiel erhielt ich in einer schriftlichen Mitteilung von Msgr. R. Kümmert (Eisingen): „Schon längst hatte man rechts und links vom Kruzifix in der Schule Hindenburg und Hitler aufgehängt. Dies regte im Grund genommen die Leute nicht wesentlich auf, denn sie wußten ja, daß neben Christus zwei Verbrecher gekreuzigt worden sind. Anders war das, als ein inoffizieller NS-Schulerlaß 1942 [!] kam, daß bei der nächsten Gelegenheit, z. B. Tünchen des Schulraumes, die Kreuze aus den Schulzimmern verschwinden sollten.“ – Zum kämpferischen und ideenreichen Vorgehen von Msgr. Kümmert im Dritten Reich gibt es einige Angaben in GA 5266 sowie in den Lebenserinnerungen Kümmerts (einsehbar im Diözesanarchiv Würzburg).

lien oder gerichtlicher Verfolgung einzugehen. Auch dieser Gesichtspunkt ist für das Zustandekommen von Protesten nicht zu gering einzuschätzen und wird wohl in manchen Gemeinden mit prinzipiell gleichartiger Konstellation den Ausschlag gegeben haben, ob beispielsweise eine Demonstration stattfand oder nicht.

Zusammenfassung

Die Entfernung von Kreuzen war eine symbolische Tat, die den Willen des totalitären nationalsozialistischen Regimes zur Ausrottung des christlichen Glaubens augenfällig demonstrierte. Als Maßnahme im Rahmen der Entkonfessionalisierung der Schule provozierte sie heftige Konflikte, und zwar generell in Gebieten mit starker katholischer Dominanz.

Die Auseinandersetzungen um das Schulkreuz liefen in verschiedenen Phasen ab: Nach einem ersten Anlauf im westlichen Deutschland 1936, der durch die spektakuläre Gegenwehr im Land Oldenburg zum Scheitern verurteilt war, wurden die Kreuzentfernungen auf die lokale Ebene verlagert und erst 1939 im Zuge der Einführung der Gemeinschaftsschule in den westlichen preußischen Provinzen wieder stärker zentral gesteuert. Bayern blieb als praktisch einzige große katholische Region bis 1941 im wesentlichen daran unbeteiligt, was sich aus der früheren Einführung der Gemeinschaftsschule 1937/38 erklärt, da zu diesem Zeitpunkt das Oldenburger Beispiel noch zu stark lebendig war.

Das Manko des Wagnerschen Kruzifix-Erlasses vom 23. 4. 1941 lag darin, daß er unvorbereitet auf der lokalen Ebene eintraf und keine genauen Ausführungsanweisungen aufwies. Je nach der persönlichen Einstellung der ausführenden Schulleiter und Lehrer wurde das Kreuz demzufolge zu höchst unterschiedlichen Zeitpunkten und wohl mehrheitlich überhaupt nicht beseitigt und vielfach in einer Zwischenform an die Seiten- oder Rückwand des Klassenzimmers umgehängt. Zusammen mit der Geheimhaltung dieses Erlasses, den Widersprüchen in den folgenden Verfügungen (Gebot des vorsichtigen Vorgehens im Juni, Befehl zur umgehenden Entfernung am 14. August, Stopperlaß am 28. August) sowie ihrer verzögerten Weitergabe an nachgeordnete Stellen nahm der Konflikt durchwegs einen jeweils lokalen Charakter an, der aufgrund der Vorbildfunktion von erfolgreichen Protesten in der ersten Phase auch nach dem Bekanntwerden der landesweiten Geltung des Erlasses gewahrt blieb.

Nur durch diese Konzentration auf die lokale Ebene waren Gegenmaßnahmen für die Bevölkerung möglich. Um die in einem totalitären System bestehende Hemmschwelle zum offenen Protest zu überschreiten, waren zudem bestimmte Voraussetzungen vor Ort erforderlich. Die Untersuchung dieser Faktoren am Beispiel des Regierungsbezirks Unterfranken war das eigentliche Ziel der vorliegenden Studie.

Als konstitutiv für die Entstehung von öffentlichem Protest ist neben der immer geforderten persönlichen Entscheidung festzustellen, daß diese von einem Klima getragen sein mußte, das von der ideologischen Ablehnung des Nationalsozialismus und der Homogenität der Gemeindestruktur bestimmt war. Konkret bedeutet das, daß die Orte mit Protestaktionen mit durchschnittlich 98 Prozent praktisch rein katholisch waren. Der Katholizismus stellte für die klare Mehrheit der Einwohner eine gemeinsame Basis und eine klare Abgrenzung vom umfassenden Herrschaftsanspruch des Systems dar. Mittelpunkt war der Geistliche als der örtliche Repräsentant der Hierarchie, der ihnen Wege und Ziele zur Verteidigung ihres religiös geprägten Lebensbereiches vermittelte. Entscheidend war ferner, daß diese Geschlossenheit auch örtliche Funktionäre erfaßte und damit nur wenige überzeugte Nationalsozialisten einer undurchdringlichen katholischen Front gegenüberstanden. Dagegen waren sowohl unterschiedliche Affinitäten zu den Parteien der Weimarer

Zeit wie die wirtschaftliche Struktur der Gemeinden von untergeordneter Bedeutung, wenn auch die politische Tendenz zur Bayerischen Volkspartei überwog und die Orte eher bäuerlich geprägt waren.

Eine größere Stadt konnte diese Bedingungen kaum erfüllen, mittlere Orte nur teilweise, daher ist auch eine Abstufung erkennbar: dort ist kein öffentlicher Protest bekannt, hier war er begrenzt und von eingeschränktem Erfolg.

Damit ergibt sich auf der Seite der katholischen Kirche in Unterfranken eine Analogie zwischen dem Vorgehen in der Schulkreuzaffäre und in den anderen kirchenpolitischen Konfliktfällen, deren Kennzeichen ein realistisches Verhältnis zwischen widersetzlichem Handeln und möglichem Erfolg war, auch wenn in diesem Fall die Symbolkraft des Kreuzes für die Katholiken besonders heftige Emotionen weckte und ihnen die Wirksamkeit der beschriebenen Faktoren vielleicht nicht immer bewußt war.

Die Frage, inwieweit die Protestaktionen in den Augen der Machthaber eine prinzipielle Ablehnung des Nationalsozialismus darstellten und welche Folgerungen sie daraus zogen, konnte hier nicht adäquat behandelt werden. Eine Einordnung des kirchlichen Verhaltens im Blick auf die ausufernde Diskussion um den Widerstandsbegriff¹⁰¹ soll deshalb hier unterbleiben, da zum Widerstand nicht nur die konkreten Motive und Taten, sondern auch die ihnen vorausgehenden Grundüberzeugungen und deren Wirkung auf die Herrschenden gehören.

Der Begriff Widerstand wurde folglich nur im Fall der Würzburger Gruppe um Oskar Neisinger und Ludwig Altenhöfer verwendet, weil es sich hier um eine im Gewissen begründete, umfassende Entscheidung gegen das System handelte, die unter dem Einsatz aller Kräfte dieses als Ganzes bekämpfte.

Insgesamt läßt sich das Verhalten der Bevölkerung in der Schulkreuzaffäre als mutige und entschlossene kirchliche Verteidigung bezeichnen, die eine wirkungsvolle Re-aktion auf eine kirchenpolitische Maßnahme des Staates darstellte und darin die weltanschauliche Ablehnung des Nationalsozialismus eindrucksvoll demonstrierte.

¹⁰¹ Vgl. dazu z. B. den gerafften Überblick bei I. Kershaw, „Widerstand ohne Volk?“ Dissens und Widerstand im Dritten Reich, in: *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler*, hg. von J. Schmäddecke u. P. Steinbach, München–Zürich 21986, 779–798, hier 781–785.

Bericht von Pfarrer Wilhelm Zufrauß über die Protestaktionen in Nüdlingen (Staatsarchiv Würzburg, Gestapostelle Würzburg 11 825)¹⁰²

Wie die Nüdlinger mit Erfolg für ihre Schulkreuze kämpften

Was in dem am 17. August von allen Kanzeln Bayerns verlesenen Hirtenwort der bayerischen Bischöfe beklagt und angekündigt wurde, nämlich die Beseitigung der Schulkreuze, wurde auch hier Wirklichkeit. Der Bürgermeister E. M., Ortsgruppenleiter, beseitigte in vier Schulsälen während der Ferienzeit das Kreuz, nur im fünften des Schulleiters Oberlehrer J. K. nicht.

Die Kinder meldeten das Fehlen des Kreuzes beim Schulbeginn allem Anschein nach ihren Eltern. Am Samstag, den 23. 8. stellte bereits eine Mutter den Bürgermeister auf seiner Kanzlei deswegen zur Rede. Er fertigte sie mit allerhand Ausflüchten ab, es läge noch mehr vor, was noch weiter in dieser Hinsicht geschehen sollte.

Zum Zeichen der Trauer ob dieser Freveltat wurde am Sonntag, den 24. 8. nur eine stille heilige Messe gelesen ohne Predigt, vor der Wandlung das Lied gesungen: „Verhüll oh Himmel schauernd dich“. Nach der Wandlung: „Sei heiliges Kreuz begrüßet“. Tiefe Trauer, heiliger Ernst lag in der Kirche, Schluchzen war vernehmbar. Nach der ortsüblichen Bekanntmachung im Schulhofe fragte laut ein Mann aus der versammelten Gemeinde den Bürgermeister nach den Schulkreuzen. Er wollte die Frage ignorieren, aber auf die wiederholte Frage sagte er in sichtlicher Verlegenheit: „Geht zum Landrat!“.

Mittags erschien eine Kommission von zwei Männern, der Landwirt B. M. und Schuhmachermeister H. W., beide politisch unbelastet, beim Bürgermeister, um sich nach dem Schicksal der Kreuze zu erkundigen und ihre Rückgabe zu fordern. Er lehnte das Ansinnen ab. Die Kreuze seien wohlverwahrt und vor Verunehrung geschützt. Gelegentlich der Versteigerung des Gemeindeobstes am Abend forderten die Männer immer wieder die Kreuze. In die Enge getrieben, bequeme er sich zu dem Eingeständnis, daß er es war, der die Kreuze entfernt habe. Mit großer Empörung wurde diese Erklärung entgegengenommen. Er bekam dabei verschiedenes zu hören.

Am Montag, den 25. 8. früh vor Schulbeginn nach dem Gottesdienst erschienen ungefähr 40 Frauen in der Schule, um an Ort und Stelle sich nach den Kreuzen zu erkundigen. Ein Lehrer erklärte ihnen, sie hätten sie nicht beseitigt, wüßten auch nicht, wo diese seien, sie seien die letzten, die dies täten. Nachmals ging H. W. den Bürgermeister an, er möge doch im Interesse der Ruhe und des Friedens in der Gemeinde die Kruzifixe herausgeben. Er erklärte, er könne das nicht, er hätte nichts dagegen, wenn andere hineinkämen, er würde es auch nicht melden. Wenn er es täte, käme er von seinem Posten und würde eingesperrt.

¹⁰² Abkürzungen werden aufgelöst, Tippfehler stillschweigend korrigiert, Hervorhebungen kursiv wiedergegeben. Aufgrund des neuen Bayerischen Archivgesetzes vom 22. 12. 1989 dürfen die Namen in GA 11 825 nicht veröffentlicht werden. Das zugrundeliegende Exemplar wurde von einem „Winfried“ (ein führendes Mitglied der Würzburger kath. Jugendarbeit im Umkreis Neisingers, vgl. Anm. 76) an ein ehemaliges Führungsmitglied der Aschaffener kath. Jugendarbeit an die Front geschickt. Da der Empfänger nicht ermittelt werden konnte, fiel die Sendung der Gestapo in die Hände, die umfangreiche, aber erfolglose Untersuchungen nach dem Absender anstellte.

Auf den Nüdlinger Ereignissen (unter Einbezug örtlicher Quellen) basiert: Der Schulkreuzzug. Ein Stück über den Widerstand gegen die Entfernung der Schulkreuze während der Nazizeit in drei Aufzügen, von Irmgard Hofmann, Würzburg 1989 (Manuskript im Diözesanarchiv Würzburg).

Darauf sprachen die beiden Männer B. M. und H. W. am Montag, den 25. 8. beim Landrat vor. Vormittag war er nicht anzutreffen, ihr zweiter Versuch am Nachmittag gelang. Sie wiesen ungeschminkt den Landrat auf die Empörung hin, welche die Beseitigung der Kruzifixe in der religiös eingestellten Gemeinde hervorgerufen, die im Kampfe gegen den Bolschewismus bereits neun Blutopfer gebracht habe, so würde einer Gemeinde das Rückgrat gebrochen und die innere Front gefährdet. Sie kündigten auch an, daß noch die Frauen zu ihnen kämen. Der Landrat verhandelte eine halbe Stunde mit den Männern, sagte u. a., daß er auch schon die Regierung auf diese Folgen hingewiesen habe, und werde [es] auf ihren Protest hin neuerdings tun, sie möchten einige Tage warten, bis die Antwort käme, und sollten beruhigend auf die Gemeinde wirken. Er legte ihnen noch nahe, auch die Kreisleitung über die Stimmung in der Gemeinde zu informieren, was sie auch in einer halbstündigen Auseinandersetzung gründlich besorgten. Dabei hörten sie die interessante Äußerung, man hätte mit diesem Widerstand *nicht* [gerechnet], *weil bisher alles rubig hingenommen worden sei*. Als die Männer auf eine deutsche Zeitungsnachricht hinwiesen, die Bolschewierung Rußlands hätte mit der Beseitigung der Kreuze angefangen, wurden sie angeregt angeschrien: „Wollen Sie uns damit Bolschewierungsabsichten vorwerfen?“ – „Nein!“, war die Antwort. „Wir sind aber gekommen, Ihnen zu sagen, daß in Nüdlingen, in Deutschland, die Kruzifixe aus unserer Schule entfernt wurden und wir darauf bestehen, daß sie wieder hineinkommen.“ Die höhnische Bemerkung, Gott sei doch überall zugegen, was brauche man da noch Kruzifixe, quittierten die Männer: „*Ganz Deutschland muß hitlerisch gesinnt sein und doch hängt überall das Hitlerbild, und wenn ich es nicht in ihrem Saal gesehen hätte, hätte ich nicht an Hitler gedacht.*“ – Der Höhepunkt im Kampfe um die Schulkreuze wurde im folgenden Tag, Dienstag, 26. 8. 1941, erreicht. 120 Frauen erschienen früh im Landratsamt Bad Kissingen. Der Landrat ließ zunächst eine Abordnung der Frauen zu sich, eine als Vertreterin der Mütter von Schulkindern, eine als Vertreterin der kämpfenden Soldaten, eine als Vertreterin der gefallenen Helden im Osten. Die anderen warteten im Vorraum der Amtsstube und auf den Gängen. Der Landrat beschwichtigte die Frauenabordnung mit dem Hinweis, daß er die Sache bereits an die Regierung gerichtet habe, und mahnte sie zur Geduld bis zum 28. 8., wo er die Entscheidung von dort erwartete. Als sich die Türe öffnete, traf er die harrende Frauenschaft. Er begütigte sie, wieder ruhig heimzugehen. Aber die Frauen gaben sich damit nicht zufrieden. Entschieden forderten sie die Kreuze. – „Wir schicken unsere Kinder nicht in eine Schule, wo die Kreuze fehlen, das waren die Judenschulen“ – „Es hieß, unsere Männer und Söhne sollten ausziehen zum Kampf gegen den Bolschewismus nach Rußland und in Deutschland wird er gezüchtet!“ – „Unsere Butterfässer und Zentrifugen haben wir abgeliefert, aber das Kreuz und unseren Glauben für unsere Kinder liefern wir nicht aus!“ – „Wir schreiben an unsere Männer und Buben ins Feld, sie sollten ihre Gewehre umdrehen und sie auf die richten, die solche Gesetze machen und die Kreuze beseitigten!“ – „Wer solches tut und anordnet, gehört an die vorderste Front, dem muß der Arm wegfaulen. Wir lassen uns auch verhaften, bringt uns nur unsere Kinder!“ – „Die Soldaten bitten von der Front um das Gebet der Kinder in der Heimat, und die sollen vor dem Kreuz nicht mehr beten dürfen!“ – „Wir müssen ja das ganze Vertrauen zum Führer verlieren, der in allen seinen Reden um den Segen des Allmächtigen bittet und das Volk zum Gebet auffordert!“ – Ich hörte verlässlich, daß der Landrat tatsächlich Angst bekommen habe, beim Anhören dieser offenen, aber aus tiefster Überzeugung quellender Sprache der Frauen. Gegenüber solchen und ähnlichen Vorbringungen konnte der Landrat immer nur beruhigende Worte finden. Seinen immer wiederholten Hinweis auf die Entscheidung der Regierung beantworteten sie schließlich so: „Wir brauchen keine Regierungsentscheidung und warten sie gar nicht ab, wir kaufen selbst Kreuze und hängen sie in die Schule.“ Tatsächlich kauf-

ten sie sofort in Kissingen vier Kreuze und ließen sie im Herz-Jesu-Kloster gleich weihen, um, wie sie sagten, „den Pfarrer gar nicht mit der Sache zu befassen“. Der die Weihe vornehmende Pater erklärte mir nachträglich wörtlich, „der heilige Ernst glühte den Frauen direkt aus den Augen, es war für mich ein Erlebnis, das mich den ganzen Tag in Bann hielt, ein unvergeßliches Ereignis.“

Gegen 12 Uhr kamen die Frauen heim, das Mittagessen fiel aus, die Familie ertrug es aber gerne. Um 13 Uhr 30 erschienen sie mit den Kreuzen in der Schule, es schlossen sich auch die an, die nicht in Kissingen mit dabei waren, brachten die Kreuze eigenhändig in der Schule an, begaben sich in die Kirche, beteten die heiligen fünf Wunden, sangen das Lied: „O heiliges Kreuz sei uns begrüßt! Du unsere einzige Hoffnung bist!“

Das entschiedene und doch so korrekte Vorgehen der Nüdlinger Frauen fand in Bad Kissingen allgemeine Beachtung und Zustimmung. Es bildeten sich Gruppen auf der Straße, der Kurgäste im Kurgarten, in den Lokalen, in den Sprechzimmern der Ärzte, in der Post, in der Kaserne, im Wehrkreiskommando war es das Tagesgespräch. Wie ich verlässlich hörte, soll die gerade zur Kur weilende Frau Reichsmi-
nister Frick die Beseitigung der Kreuze verurteilt haben.

Der Erfolg des Kreuzzuges war: Bereits am Freitag den 29. 8. traf die Verfügung ein, die gekauften Kreuze sind den Spendern wieder zurückzugeben, die Schulkreuze wieder in den Schulen anzubringen. Zum dauernden ehrenden Gedächtnis an diesen siegreichen Kreuzzug wurden die vier Kreuze in der Kirche neben dem Kreuzaltar angebracht.

Ich bemerkte, daß ich diesen Kreuzzug in keiner Weise veranlaßt habe, sondern daß er sich spontan auslöste. Vor allem machte hier das Hirtenwort der Bischöfe tiefen Eindruck aus dem Grunde, weil es an diesem Sonntag sieben Blutopfer in Rußland waren. Ihre Zahl ist jetzt auf elf gestiegen. Das wurde dem Landrat von zuständiger Stelle gemeldet, so daß er das Vorgehen der Gemeinde begreiflich finden konnte. Ich wurde daher auch nicht behördlicherseits hineingezogen.

Nüdlingen, 20. September 1941

Katholisches Pfarramt Nüdlingen, gez. Zufrass, Pfarrer.